

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER



Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en

Einer von uns, einer für uns!

Am 24. April dieses Jahres findet die Wahl zum österreichischen Bundespräsidenten statt. Mit Rudolf Hundstorfer ist ein Kandidat im Rennen, der nicht zuletzt aufgrund seiner langjährigen Erfahrung als Gewerkschafter und Sozialminister die besten Voraussetzungen für das höchste Amt im Staat mitbringt.

Dass Antifaschismus für ihn gelebte politische Praxis ist, stellte das langjährige Mitglied unseres Bundes der Freiheitskämpfer/innen Rudolf Hundstorfer unter Beweis, als er die Bedingungen für Friedens-, Gedenk- und Sozialdienste junger Menschen im Vorjahr durch eine Gesetzesnovelle spürbar verbesserte. So ist es seither auch Frauen möglich, Gedenkdienst zu leisten. Ein positives Zeichen für das tägliche Engagement wider das Vergessen. Als Sozialminister trug Hundstorfer auch für die Opferfürsorge Sorge und verbesserte den Zugang für viele Betroffene.

Bei der Generalversammlung der Österreichischen Freunde der Jerusalemer Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem sagte der nunmehrige Präsidentschaftskandidat im März des Vorjahres: „In Zeiten wie diesen, in denen der Extremismus wiederauflebt, in denen politisch und religiös motivierter Hass geschürt wird, ist es umso mehr notwendig, die Vergangenheit aufzuarbeiten, Schicksale aufzuzeigen und mit diesem Wissen in eine Zukunft zu schreiten, die die Würde der Menschen außer Frage stellt.“

Seine Arbeit ist getragen von dem Bemühen, „den Pfad der Aufarbeitung weiterzugehen, unsere Verantwortung für unsere Geschichte weiter zu über-

nehmen und unsere Pflicht in der Bewusstseinsbildung sowie der Anerkennung der Opfer zu leisten“, so Hundstorfer, der Richard Bernaschek bei einer Gedenkveranstaltung zum



Präsidentschaftskandidat Rudolf Hundstorfer gemeinsam mit den SPÖ-Frauen auf dem Zentralfriedhof: Gedenken an Rosa Jochmann, Hertha Firnberg, Johanna Dohnal und Barbara Prammer anlässlich des Frauentags

12. Februar 1934 einmal mit folgenden Worten würdigte: „Er hat erkannt, dass der Faschismus die Menschen in den Untergang führt und dass sich Sozialdemokratie und Faschismus mit aller Offenheit und Deutlichkeit als unerbittliche Feinde gegenüberstehen.“

Auch die Würdigung des Vermächtnisses „einer großen Frau“, nämlich Rosa Jochmanns, war und ist Hundstorfer ein Anliegen. „Die große österreichische Sozialdemokratin, Politikerin und langjährige Bundesvorsitzende der Freiheitskämp-

fer hat einmal so eindrucksvoll gesagt: ‚Nie zusehen, wenn Unrecht geschieht‘, zeigte sich Hundstorfer im Zuge der Befreiungsfeierlichkeiten im ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen 2009 tief beeindruckt.

Der Einsatz für die Demokratie und den Zusammenhalt in der Gesellschaft ist dem Anwärter auf das höchste Amt der Republik enorm wichtig. Auch

zu kämpfen haben. Hundstorfer weiß, wie wichtig gerechte Einkommen und Pensionen, wie wichtig Bildung und Ausbildung sind. Das prägt seine Herangehensweise. Ärmel aufkrepeln und gemeinsam anpacken! – Damit das soziale Gefüge Österreichs nicht auseinanderbricht.

Rudolf Hundstorfer hat bereits mehrfach bewiesen, dass er die nötige Erfahrung und Professionalität hat, um ein Bundespräsident für alle Österreicherinnen und Österreicher zu sein. Ob als Jugendvertrauensrat während seiner Zeit als Lehrling zum Bürokaufmann, ob als langjähriger Arbeitnehmervertreter, als Vorsitzender des Wiener Gemeinderates, als ÖGB-Präsident beim Aufräumen nach der Bawag-Krise oder als langjähriger Arbeits- und Sozialminister – seine Arbeit war und ist geprägt von einem konsequenten Eintreten für die soziale Gerechtigkeit und die Interessen der Werktätigen.

als Bundespräsident will er Brücken bauen, die Menschen zusammenbringen und das Gemeinsame in den Vordergrund stellen. Bereits in seiner Antrittsrede hat Rudolf Hundstorfer bekräftigt, sich für das soziale Fundament Österreichs starkzumachen und einen möglichst großen Beitrag dazu zu leisten, dieses Fundament weiter auszubauen.

Der sozialdemokratische Kandidat weiß, was es heißt, aus einfachen Verhältnissen zu kommen. Er kennt die Probleme, mit denen viele Menschen

Klar ist, dass Rudolf Hundstorfer als einziger Kandidat die notwendigen politischen Voraussetzungen für dieses wichtige Amt mitbringt. Gerade in Zeiten großer Herausforderungen ist es besonders wichtig, die Menschen zusammenzubringen, das Gemeinsame zu finden und ein Auseinanderdriften der Gesellschaft zu verhindern. Rudolf Hundstorfer ist der beste Kandidat für die Hofburg, für Österreich und seine Bevölkerung. Er ist einer von uns und einer für uns. Deshalb lohnt es sich, dafür zu kämpfen, dass Rudolf Hundstorfer der nächste Bundespräsident wird! ■



„Ich will eine Hofburg der offenen Türen“



Johannes Zinner, SPÖ/Thomas Lehmann

„Mit dem Schüren von Ängsten löst man keine Probleme“, sagt Präsidentschaftskandidat Rudolf Hundstorfer

Bundespräsidentschaftskandidat Rudolf Hundstorfer im Interview zu seinem Amtsverständnis, zum Bundesheer und zur Flüchtlingssituation.

Wie würde ein Bundespräsident Rudolf Hundstorfer sein Amt gestalten?

Rudolf Hundstorfer: Ich will eine Hofburg der offenen Türen. Zwar müsste der Bundespräsident Hundstorfer vieles aus einem anderen Blickwinkel betrachten als der Sozialminister Hundstorfer. Aber wenn es etwa um soziale Einschnitte geht, würde ich mit mahnenden Worten und vielen Appellen nach innen und außen aktiv werden und klarmachen, dass es Grenzen gibt. Wesentlich ist ein respektvoller Umgang. Das war für mich schon immer so.

Heißt das, dass Kanzler und Vizekanzler hinter die berühmte rote Tapetentür geladen werden? Das heißt, dass ich kein leiser Präsident sein werde. Ich setze sehr auf Gespräche, Verhandlungen und Kompromisse. Damit habe ich einige Erfahrung. Als Bundespräsident kann ich die Entscheidungsträger an einen

Tisch bringen, wenn es in der Regierung stockt und die Stabilität gefährdet ist. Dann wird man ja sehen, ob doch noch was geht.

Kann mit einer regen Reisetätigkeit gerechnet werden?

Durchaus. Es geht darum, sowohl politische Kontakte zu pflegen als auch wirtschaftliche. Auslandsreisen mit Wirtschaftsdelegationen sind gerade für ein Land wie Österreich, das stark exportorientiert ist, wichtig.



Wirtschaft und Arbeitsplätze hängen ja bekanntlich zusammen. Hier offensiv zu sein, schafft Jobs.

Auslandsreisen eines österreichischen Staatschefs haben auch große symbolische Bedeutung. Gibt es ein Land, das aus politischen Gründen nicht besucht werden sollte?

Das müsste man natürlich im Einzelfall prüfen und dann entscheiden.

Der Bundespräsident hat auch die Aufgabe, oberster Hüter der Bundesverfassung zu sein.

Was das betrifft, habe ich aufgrund meiner Regierungstätigkeit einen gewissen Kenntnisstand, den ich mitnehme. Es braucht aber sicher da und dort zusätzliche Beratung. Hier würde ich es ganz ähnlich halten wie Bundespräsident Heinz Fischer, der sich Expertisen von unbestrittenen Autoritäten auf dem Gebiet des Verfassungsrechts geholt hat.

Die Flüchtlinge sind auch im Bundespräsidentschaftswahlkampf ein Thema, das sehr emotionalisiert ist.

Gerade hier ist ein Zurück zur Sachlichkeit gefragt. Die Regierung hat sehr vernünftige Be-

Zur Person

Rudolf Hundstorfer wurde am 19. September 1951 in Wien geboren. Der gelernte Bürokaufmann startete seine politische Laufbahn in der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (GdG) als Jugendvertrauensperson. 1990 zog Hundstorfer zum ersten Mal in den Wiener Landtag ein, in dem er bis 2007 saß. Von 2003 bis 2007 übte er die Funktionen des Bundesvorsitzenden der GdG aus. Danach war er bis zu seiner Angelobung zum Sozialminister im Jahr 2008 als Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes tätig. Hundstorfer ist verheiratet, hat eine Tochter und zwei Stiefkinder.

schlüsse gefasst. Die müssen nun abgearbeitet werden. Eines ist klar: Mit Ängsten und dem Schüren von Ängsten löst man keine Probleme.

Was würde ein Oberbefehlshaber Hundstorfer für das Bundesheer bedeuten?

Für mich ist klar, und das entspricht auch meinem bisherigen teamorientierten Arbeitsstil, dass die offenen Türen auch für Verteidigungsminister und Generalstab gelten. Ich denke auch, dass die zusätzlichen Aufgaben, die sich aus der Flüchtlingskrise ergeben, nicht aus dem laufenden Betrieb möglich sein werden. Der All-Parteien-Antrag des Nationalrats ist hier ein wichtiger Anstoß, sich die Einsparungspläne nochmals anzusehen.

Wir danken für das Gespräch. (Das Interview wurde uns dankenswerterweise von „SPÖ aktuell“ zur Verfügung gestellt.) ■



Für unsere KZ-Überlebenden und Hinterbliebenen

Die Betreuung der KZ-Überlebenden und ihrer Hinterbliebenen ist neben unserem antifaschistischen Engagement das wichtigste Anliegen der sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen. Jedes Opfer wird, wenn gewünscht, von uns besucht.

Insgesamt entfällt im Durchschnitt gut ein halber Tag pro Woche auf diese natürlich ehrenamtliche Betreuung. Die Bedeutung der Hausbesuche besteht darin, durch persönliche Gespräche der Vereinsamung der Opfer entgegenzuwirken. Da alle Betreuten schon sehr betagt sind, kümmern wir uns vor allem um ihre gesundheitliche Lage. Dabei konnten wir schon

oft Hilfestellung für eine Zuerkennung beziehungsweise Erhöhung des Pflegegeldes geben.

Ein besonderes Anliegen sind uns Beratung und Hilfestellung für die Zuerkennung beziehungsweise die Erhöhung von Opferrenten aufgrund haftbedingter Gesundheitsschäden. Genosse Peter Weidner begleitet die KZ-Überlebenden und Hin-

terbliebenen auch ins Sozialministeriumservice (vormals Bundessozialamt und noch früher Landesinvalidenamt), um dort mit ihnen um einen Parkausweis nach §29b anzusuchen und begleitet sie zum ärztlichen Sachverständigen. Diese §29b-Parkausweis-Bestimmungen gelten auch für Lenkerinnen und Lenker von Fahrzeugen, während sie einen Menschen, der diesen Ausweis besitzt, befördern.

Ebenso ein Anliegen ist uns die Beratung für Zuschüsse zu Heilbehelfen (Brillen, Hörgeräten, Zahnersatz, orthopädischer

Versorgung usw.). Weiters leisten wir Beratung für die Zuerkennung von Zuschüssen für Spitalsaufenthalte. Auch bei der Befreiung von Gebühren für Rezepte und Rundfunk sowie der Telefongrundgebühr konnten wir schon oft helfen, ebenso bei der Eintragung des Freibeitragtes aufgrund des Vorliegens eines Opferausses oder einer Amtsbescheinigung. Von den von uns Betreuten beziehen viele eine Ausgleichszulage. Für sie wird jedes kaputt gegangene Haushaltsgerät, jede neue Brille oder gar ein Zahnersatz zum großen finanziellen Problem. ■

Information zur Opferfürsorge

Die Einkommensgrenzen für die Vergabe von Leistungen aus dem Ausgleichstaxfonds Opferfürsorge wurden ab 1. Jänner 2016 wie folgt erhöht:

Für **Aushilfen**: Einzelpersonen 1.538 Euro, Ehepaare (oder Lebensgemeinschaft) 2.160 Euro, Erhöhungsbeitrag pro Kind 311 Euro.

Für **Spitalsaufenthalte**: Einzelpersonen 1.904 Euro, Ehepaare

(oder Lebensgemeinschaft) 2.446 Euro, Erhöhungsbeitrag pro Kind 311 Euro.

Für **Darlehen**: Einzelpersonen 2.290 Euro, Ehepaare (oder Lebensgemeinschaft) 2.717 Euro, Erhöhungsbeitrag pro Kind 311 Euro.

Für Aushilfen bei **Heilfürsorgeleistungen**: Einzelpersonen 1.850 Euro, Ehepaare (oder Lebensgemeinschaft) 2.335

Euro, Erhöhungsbeitrag pro Kind 311 Euro.

Zuschüsse für **Zahnkronen** 105 Euro, **einohrige Hörgeräteversorgung** 720 Euro, beidohrige Hörgeräteversorgung 1.080 Euro, **Krankenbetten** und **Krankenfahrstühle** 720 Euro, **Sehbehelfe** und **Brillen** 285 Euro, **orthopädische Schuhe** 281 Euro, **sonstige Heilbehelfe** und **Hilfsmittel** 160 Euro, **psychotherapeutische Behandlungen**

(ohne Einkommensgrenze) bis zur Höhe des dreifachen Betrages des Kostenzuschusses des Krankenversicherungsträgers.

Bei allen Fragen steht Ihnen **Peter Weidner** telefonisch unter 0664/533 88 29 oder per E-Mail (p.weidner@aon.at) mit Rat und Tat zur Seite. Er besucht Sie auch zu Hause, berät Sie, füllt mit Ihnen Formulare aus und leitet diese an die zuständigen Stellen weiter. ■



Neuer Vorstand

Im November des vergangenen Jahres wurde in der Jahreshauptversammlung der neue Vorstand der Bezirksgruppe Mariahilf, Neubau und Josefstadt gewählt. Annemarie Hopfgartner hat die Nachfolge von Hans Brosch angetreten, der im Mai 2015 plötzlich verstarb. Als langjährige Sekretärin der

Bundesorganisation wird sie mit den Vorstandsmitgliedern, die aus allen drei Bezirken kommen, die wichtige antifaschistische Arbeit fortsetzen. Einen Überblick über die vielfältige Herausforderung der Arbeit gab der Gast der Jahreskonferenz, der Vorsitzende des Landesverbandes Wien, Gerald Netzl. ■

V. l. n. r.: Gallus Vögel, Christa Bammer, Annemarie Hopfgartner, Heidi Reinwein-Karik



Victor-Adler-Plakette für Rudolf Gelbard

Im Zuge eines Festaktes im Parlament ist dem unermüdlichen Aufklärer und Antifaschisten, Zeitzeugen und Sozialisten Rudolf Gelbard am 15. Februar die höchste Auszeichnung der Sozialdemokratie für besondere Verdienste um die österreichische ArbeiterInnenbewegung verliehen worden.

Als Bundeskanzler bin ich stolz darauf, dass wir in Österreich Menschen wie Rudi Gelbard haben, die mit aller Kraft antifaschistische Aufklärung leisten und somit als Vorbild für uns alle dienen“, erklärte SPÖ-Vorsitzender Bundeskanzler Werner Faymann im Rahmen der Verleihung der großen Victor-Adler-Plakette. „Manchmal macht es fast sprachlos, zu sehen, wie schamlos unantastbar geglaubte Tabugrenzen überschritten werden, wenn etwa wie zuletzt Holocaust-Opfer ungestraft als ‚Massenmörder‘, als ‚Landplage‘, als ‚Kriminelle‘ bezeichnet werden können“, stellte Nationalratspräsidentin

Bures in Anspielung auf einen Artikel in der Zeitschrift „Aula“ fest (siehe Seite 3). Der geehrte Rudolf Gelbard nahm „diese

größte Auszeichnung der Partei mit Freude und Demut“ entgegen. In seiner Dankesrede erinnerte er sich an Weggefährten und Vorbilder im Kampf gegen den Faschismus. „Das Leben hat mich zum Sozialisten gemacht. Ich bin, ich war und werde immer Sozialist bleiben“, bedankte sich Gelbard mit den Worten der österreichischen

Widerstandskämpferin Rosa Jochmann bei der SPÖ.

Alleine gesellschaftliche Entwicklungen zu kritisieren, mache noch niemanden zum Demokraten und Antifaschisten, so der Bundeskanzler. Erst die „klare Abgrenzung zu Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus“ mache dies möglich. „Nicht zu vergessen, rechtzeitig aufmerksam zu machen und neuartige faschistische Strömungen nicht zuzulassen, ist unsere stärkste Kraft im Antifaschismus. Nur wer politisch so standfest ist wie du, Rudolf Gelbard, hat die Kraft, sich immer zu Wort zu melden und zu mahnen, dieses Kapitel unserer Geschichte nicht zu vergessen“, stellte Faymann fest.

Die Redaktion gratuliert Genossen Gelbard herzlich zu dieser Würdigung seines beeindruckenden Schaffens! ■



Die Victor-Adler-Plakette ist die höchste Auszeichnung der SPÖ für besondere Verdienste um die österreichische ArbeiterInnenbewegung

Johannes Zimmer/SPÖ

Ehrung im Bundeskanzleramt

Am 10. Februar hat im Bundeskanzleramt eine berührende Feier stattgefunden. Geehrt wurden verdiente, unermüdete AntifaschistInnen.

Bundesminister Dr. Josef Ostermayer übergab an ehemalige Widerstandskämpferinnen, Maria Cäsar und Irma Trksak, das Silberne Verdienstzeichen der Republik Österreich sowie an Dr. Gerhard Kastelic das Goldene Verdienstzeichen. In seiner Laudatio ging Ostermayer kurz auf die Vorkommnisse der Gegenwart ein – Einstellung eines Verfahrens am LG Graz und der skandalöse Faschingswagen in Maissau –, bevor er die Arbeit der zu Ehrenden würdigte. „Mit diesen Auszeichnungen dürfen wir als Republik Österreich für den unermüdeten Einsatz der Geehrten danken, vor allem dafür, dass sie sich beharrlich gegen

Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus, gegen die Verharmlosung von Faschismus und für Demokratie eingesetzt haben“, betonte Ostermayer. Gerade auch heute sei es wieder wichtig, daran zu erinnern, was passieren kann, wenn Menschen sich verhetzen lassen. „Maria Cäsar, Gerhard Kastelic und Irma Trksak sind uns in ihrem Engagement wichtige Vorbilder und haben gezeigt, dass man sich nicht einschüchtern lassen darf“, sagte der Bundesminister. Sie haben ein gemeinsames Ziel, aber unterschiedliche Lebensläufe.

Maria Cäsar leistete Widerstand in der kommunistischen Jugendarbeit, wurde 1939 verhaftet, spä-

ter war sie im Partisanenkampf in der Steiermark. Ihre antifaschistische Arbeit erfüllte sie im KZ-Verband. Noch heute tritt Maria Cäsar bei Vorträgen auf.

Irma Trksak, 1940 im Widerstand, verhaftet, eingeliefert in das KZ Ravensbrück, gelang 1945 die Flucht. Als Zeugin nahm Irma Trksak 1947 am Hamburger Ravensbrück-Prozess teil. Sie war lange Jahre im KZ-Verband Wien tätig. Die Ehrung nahm ihr Sohn entgegen, der sein Bedauern darüber aussprach, dass seine Mutter aufgrund ihrer Demenz diese späte Würdigung nicht mehr wahrnehmen kann.

Dr. Gerhard Kastelic, dessen Vater im katholischen Widerstand war und 1944 im Landesgericht Wien hingerichtet wurde, ist ein Opfer des Faschismus. Er ist Obmann der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und

Vizedirektor des DÖW. Seit vielen Jahren widmet er sich der Erinnerungsarbeit und ist seit 2013 der Sprecher der ARGE der NS-Opferverbände.

In seiner Rede dankte Gerhard Kastelic BM Ostermayer, der stets ein offenes Ohr für die Anliegen der Opferverbände hat. Die wichtige Arbeit der ARGE, Aufklärungsarbeiten zu leisten, wird immer davon getragen, aktiv die Erinnerungsarbeit weiter in Schulen aufzuzeigen.

Musikalisch wurde die Feier von der Musikgruppe „Busted Flat“ begleitet, unter den Gästen befanden sich ZeitzeugInnen Käthe Sasso und Rudolf Gelbard sowie Hannes Schwantner, Winfried Garscha und Hannah Lessing wie auch die Mitglieder der einzelnen Opferverbände. ■



„Tante Rosi“ ist 97!

Dr. Rosa Hirschegger feierte am 27. Februar den 97. Geburtstag.

Rosi Hirschegger besitzt das sprichwörtliche rote Kämpferherz. Fragt man Rosi, welchen Rat sie den SozialdemokratInnen für die Zukunft noch geben will, antwortet sie mit fester Stimme: „Nicht nachgeben!“. Sie hält die sozialdemokratischen Werte für absolut richtig und daher nicht verhandelbar.

Schon in der austrofaschistischen Zeit war die ausgebildete Kindergärtnerin im Widerstand, auch die Nationalsozialisten hatten ein wachsames Auge auf Rosi. Schon 1939 musste sie ein vierstündiges Gestapo-Verhör erdulden. Bis

zum Kriegsende folgten Verhöre und Bespitzelungen.

Nach dem Krieg begann ihre große Zeit als Kindergärtnerin, später Leiterin eines Kindergartens. Aus dieser Zeit stammt der unverwechselbare Name „Tante Rosi“, mit dem sie hunderten Kindern von Innsbruck, jetzt selbst Eltern oder Großeltern, bekannt wurde.

Als Achtzigjährige beendete sie ihr Pädagogik-Studium mit dem Doktorat.

Sie hat sich zeitlebens in der Falkenbewegung engagiert, später kam noch die Friedensbewegung dazu.

Rosi ist eine Ikone der sozialistischen Arbeiterbewegung, eine Zeitzeugin von großem Wert. Möge „Tante Rosi“ noch lange regen Anteil an der Politik nehmen können und noch viel Gelegenheit zur Mitsprache haben. ■



Die Freiheitskämpfer/innen Tirol gratulierten „Rosi“ mit einer Torte

Käthe Sasso bei der Präsentation des Dokumentarfilms „Er schlägt mich, ich verrate nichts!“



Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Leo Hagen

Alles Gute, Käthe Sasso!

Im März hat Widerstandskämpferin Käthe Sasso ihren 90. Geburtstag gefeiert.

Und am 8. April wird Genossin Sasso in der Wiener Hofburg der Professorinnen-Titel verliehen – eine mehr als verdiente Würdigung des beeindruckenden Schaffens der überzeugten Antifaschistin und Zeitzeugin, die unermüdlich erinnerungs-

politische Arbeit leistet. „Ihre Erzählungen, Mahnungen und Forderungen als Zeitzeugin in ihrer Arbeit mit Jugendlichen waren und sind vorbildlich und zu honorieren“, hielt etwa SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder in einer Gratulationsaussendung fest. Wir werden in der kommenden Ausgabe ausführlich über die Verleihung in der Hofburg berichten. ■

Wir gratulieren: Jänner bis März 2016

97. Geburtstag: Hirschegger Rosi, Innsbruck; Probst Friederike, Wien, Murowatz Appolonia, Wiener Neustadt.
95. Geburtstag: Albrecht Anneliese; Wien. **94. Geburtstag:** Gratzl Helene, Maria Theresia/Eggendorf; Bruckner Eduard, Neuhaus Helene, Ploderer Johann, Schweidler Maria, Wien. **93. Geburtstag:** Buriy Wilhelmine, Wachold Kurt, Wien; Trappl Josefine, Wilhelmsburg. **92. Geburtstag:** Wuttke Lia, Eichgraben; Radner Angela, Linz; Fantl-Brumlik Walter, Wien. **91. Geburtstag:** Turnitscher Hubert, Bruck/Mur; Zak Leo, Gutenstein; Michalica Paula, Seeböck Edith, Wien. **90. Geburtstag:** Male Maria, Ferlach; Schmitt Rosina, Linz; Panny Friedrich, Mödling; Lirsch Elfriede, Schwarzau; Janosch Ernestine, Sidlof Hans, Wien; Sasso Katharina, Winzendorf. **85. Geburtstag:** Birnbauer Willy, Bromberg; Kynast Otto, Korneuburg; Rigler Felix, Neunkirchen; Moser Rudolf, Pöttching; Schöggel Friedrich, St. Pölten; Haas Walter, Schrems; Schmidberger Franz, Schwechat; Knapp Franz, Sablik Erich, Steyr; Gorski Kurt, Landsmann Kurt, Lauppert Edith, Pucher Josef, Schinko Wilhelm, Wien. **80. Geburtstag:** Pitschedell Veronika, Innsbruck; Weiser Gerhard, Leopoldsdorf; Pühringer Ulrike, Linz; Huf Hedwig, Krammer Fritz, Seckner Anna, Sturm-Schnabl Stanislava-Katharina, Wien. **75. Geburtstag:** Martinek Melitta, Eisenstadt; Koczur Anton, Gross-Siegharts; Rupp Anton, Herzogenburg; Riedmann Peter, Innsbruck; Hausenblas Gertrude, Klagenfurt; Holzer Erika, Korneuburg; Gart Erwin, Nagelberg; Reitsamer Annemarie, St. Gilgen; Fürst Ditmar, Stockerau; Koncilia Dietmar, Villach; Babion Peter, Bertani Hugo, Hursky Lisbeth, Längl Anton, Lorenz Margit, Mentschik Hans, Neudecker Gerda, Rosenberg Friedrich, Ruzicka Günter, Strauss Johann, Zachoval Paul, Wien; Bauer Johann, Ziersdorf.

Trauer um Manfred Scheuch

Mit Erschütterung haben wir vom Ableben unseres langjährigen Mitgliedes des Bundesvorstandes und Chefredakteurs unserer Zeitung „Der Kämpfer“ erfahren.

Der Historiker und Publizist Manfred Scheuch ist am 3. Februar 86-jährig nach einer langen schweren Krankheit verstorben.

Scheuch hat die österreichische Sozialdemokratie nicht nur über weite Strecken journalistisch begleitet und ihr eine starke mediale Stimme gegeben, sondern sie auch kritisch kommentiert und analysiert. Als Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“, bei der er bereits ab 1963 als Journalist und ab 1967 als Innenpolitik-Ressortleiter tätig war, hat der promovierte Historiker Scheuch nicht nur das politische Leben und die gesellschaftliche Entwicklung in Österreich kommentiert und verständlich gemacht, sondern

auch viele junge Journalistinnen und Journalisten geprägt und ausgebildet.

Auch in den Jahren nach dem Ende der „Arbeiter-Zeitung“ brillierte Manfred Scheuch etwa als Autor historischer Fachliteratur, wodurch er auch einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wurde. Der sozialdemokratischen Medienarbeit blieb Manfred Scheuch auch treu, nachdem die SPÖ ihr mediales Flaggschiff, die „Arbeiter-Zeitung“, verkaufte. Er wirkte



Manfred Scheuch: 1929–2016

Verlag Kremayr & Scheriau

weiterhin als Chefredakteur in den Parteizeitungen „Wiener Blatt“, „Wien Telegramm“, dem Wiener Teil des „Österreich Magazins“ sowie für den „Sozialdemokratischen Kämpfer“. Besonders informativ und sehr

beliebt waren seine historischen Artikel, in denen er die österreichische ArbeiterInnenbewegung beleuchtete.

In einem Nachruf für die Tageszeitung „Der Standard“ schrieb der renommierte Publizist Paul Lendvai: „Er war trotz seiner profunden historischen Kenntnisse und journalistischer Begabung ein außerordentlich bescheidener Mensch. Ein Humanist, zugleich ein überzeugter Kämpfer gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. In einer Branche, in der leider oft die durch Freundlichkeit kaschierte Hinterhältigkeit den Ton bestimmt, war dieser stille und gute Kollege im wahren Sinne des Wortes ein Solitär. Er war und bleibt über politische und weltanschauliche Grenzen hinweg ein Beispiel für menschliche Geradlinigkeit und journalistisches Ethos.“

Nachruf auf Hannes Mittermair und Thomas Höpfl

Die Freiheitskämpfer/innen OÖ haben zwei sehr liebe Mitglieder und vor allem gute Freunde verloren.

Hannes Mittermair ist am 1. Februar unerwartet verstorben und hinterlässt eine tiefe Lücke in unserem Bund. Mit ihm haben wir einen Freund verloren, der durch seine bescheidene, stille Art und seine große Hilfsbereitschaft und Zuverlässigkeit aufgefallen ist. Er war nicht nur bei den meisten Veranstaltungen anwesend, er hat diese auch immer sehr bereichert und ausreichend dokumentiert. Als ein begeisterter Fotograf hat er nicht nur gemeinsame Fahrten im Bild festgehalten, er hat auch immer sehr schöne und aussagekräftige Eindrücke seiner zahlreichen Reisen verschickt und

vielen von uns damit den Alltag verschönt. Auch bei wichtigen politischen Tagesthemen hat er seine Meinung kundgetan und zu gemeinsamen Aktivitäten der Freiheitskämpfer/innen aufgerufen. Lieber Hannes, du wirst in unserer Mitte als treuer Freund fehlen.



Thomas Höpfl (l.) und Hannes Mittermair (r.) hinterlassen eine tiefe Lücke in unserem Bund

Mit Thomas Höpfl haben wir einen weiteren Freund verloren. Sein überraschender Tod hat uns allen einen schweren Schock bereitet. Mit Thomas ist uns ein Mitglied verloren gegangen, das in unserer Mitte immer wieder für Überraschungen und gute Laune gesorgt hat. Seine erfrischende Art und sein Humor, aber auch seine kritische Haltung, die er immer wie-

der einbrachte, werden uns bei jeder Veranstaltung und jedem Treffen fehlen. Thomas Höpfl war uns ein sehr lieber Freund, mit dem man sich prächtig unterhalten konnte und der auch durch seine umfassende Bildung in Diskussionen ein sehr anregender Gesprächspartner war. Thomas hat jede unserer Veranstaltungen bereichert und wird uns allen sehr fehlen. Er war ein sehr engagierter Freiheitskämpfer, der auch lange Zeit im Vorstand tätig und auch für die Organisation unseres Vereins außerordentlich wichtig war. Thomas' Platz im Bund der Freiheitskämpfer/innen zu ersetzen, wird schier unmöglich sein.

Ihr fehlt mir, ihr fehlt uns und ihr fehlt den Freiheitskämpfer/innen/n.

Dieter Strobl



Abschied von Prof. Rudolf Sarközi (1944–2016)

Prof. Rudolf Sarközi, Gründer des Kulturvereins österreichischer Roma und Vorsitzender des Volksgruppenbeirates der Roma, ist am 12. März im 72. Lebensjahr nach schwerer, mit großer Geduld ertragener Krankheit verstorben.

Rudolf Sarközi hat sich als Brückenbauer und Galionsfigur im Kampf gegen Rassismus und Ausgrenzung sowie um die Anerkennung der Roma als Volksgruppe besonders verdient gemacht. PolitikerInnen, JournalistInnen und VertreterInnen öffentlicher Stellen im In- und Ausland kannten ihn als kompetenten, wortgewandten und gleichzeitig sachbezogenen Minderheitenvertreter und Verhandlungspartner. Der Beschluss der Anerkennung der Roma als Volksgruppe erlangte im Dezember 1993 Rechtskraft – für Sarközi einer der schönsten Tage seines Lebens, wie er erst im Vorjahr sagte. Sarközi erhielt zahlreiche Auszeichnungen, darunter das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich. Sarközi wurde zudem zum Ehrenprofessor ernannt.

Rudolf Sarközi wurde knapp vor dem Ende des nationalsozialistischen Regimes im Anhaltelager Lackenbach geboren. Seine

Kindheit und Jugend verbrachte er in Unterschützen, später zog er nach Wien und engagierte sich bei der SPÖ. Sarközis Leben war geprägt von den Erfahrungen der Roma und Sinti mit Verfolgung, Mord und Vernichtung durch die Nazis und den schwierigen Bedingungen der Volksgruppe auch in der Nach-

kriegszeit. Zu den schlimmsten Momenten seines Lebens gehörte wohl auch der Terroranschlag in Oberwart, bei dem vier junge Roma getötet wurden. In Folge dieses feigen Attentats initiierte Sarközi einen Bildungsfonds, der die soziale Situation der Roma-Familien im Burgenland entscheidend verbesserte und mit messen Hilfe Kinder, Jugendliche und Erwachsene der Roma-Volksgruppe im Bereich der vorschulischen Erziehung sowie für Aus-, Weiter- und Fortbildung finanzielle Unterstützung erhalten haben.

Im Zuge der parlamentarischen Verhandlungen um die offizielle Anerkennung der Roma als sechste österreichische Volksgruppe im Jahr 1993 wurde Sarközi einer breiteren Öffentlichkeit bekannt.

Durch seine zahlreichen Fernsehauftritte – vor allem rund um die Briefbombenserie und das Bombenattentat auf die Roma-Siedlung in Oberwart im Jahr 1995 – galt er den Österreicherinnen und Österreichern als Gesicht und Stimme dieser lange verfolgten und diskriminierten Minderheit. ■



Prof. Rudolf Sarközi: 1944–2016

Franz Johann Morgenbesser / Wikimedia Commons

Ludwig Rechtberger (1922–2016)



Ludwig „Lutz“ Rechtberger verstarb im 94. Lebensjahr

Die burgenländischen Freiheitskämpfer/innen nahmen am 12. Februar 2016 Abschied von Genossen Ludwig Rechtberger (26. 6. 1922–5. 2. 2016). Rechtberger gehörte als Jugendlicher zu einer aktiven Gruppe von Widerstandskämpfern in der Gemeinde Steinbrunn, die sich bereits in der Zeit des Austrofaschismus und später auch unter den Nationalsozialisten gegen Diktatur und Verfolgung auflehnten. Sein Begräbnis fand am 12. Februar statt – einem für die Sozialdemokratie bedeutungsvollen Tag. Ein Tag, an dem in Österreich von Polizei und Militär gegen ÖsterreicherInnen mit Waffen vorgegangen wurde und es Tote und Verletzte gab. In

der Folge wurde die Sozialdemokratie als Partei verboten und die Demokratie in Österreich gänzlich beseitigt.

VertreterInnen der FreiheitskämpferInnen nahmen am Begräbnis von Ludwig Rechtberger teil. „Wir wollen unserem Genossen ein ehrendes Andenken bewahren. Er gehörte zu jenen, die schon in jungen Jahren die Zeichen der Zeit erkannt haben und die gemeinsam dagegen eingetreten sind“, so die Vorsitzende Dr. Susanna Steiger-Moser. „Gerade am 12. Februar wollen wir mit unserem Gedenken auch daran erinnern, wozu Rassismus, Faschismus und Menschenverachtung führen können.“ ■

Wien im Februar 1934 – Syrien heute

Redaktionsmitglied Claus Michl-Atzmüller hat die heurige Gedenkveranstaltung der SPÖ Wien zum 12. Februar 1934 besucht und für unsere Zeitung einen (kritischen) Bericht verfasst.

Die Wiener SPÖ Bildung, der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, die Volkshilfe Wien und die Sozialistische Jugend Wien luden zum Gedenken an die Opfer der Februarkämpfe 1934 und jener der aktuellen Bürgerkriege ein. Rund 3.000 Kilometer von Österreich entfernt tobt seit Jahren ein verheerender Bürgerkrieg in Syrien. Seit 2011 wurden hunderttausende Menschen getötet. Millionen SyrerInnen sind auf der Flucht. Syrien, ein einziges Trümmerfeld. Mit dieser Gedenkveranstaltung zeigte sich die Sozialdemokratie solidarisch mit den Opfern der Bürgerkriege in Syrien, Libyen, im Jemen und Irak.

Die Kundgebung fand am 11. Februar am Wiener Hauptbahnhof statt. Bahnhöfe stehen symbolisch für Flucht (und Ankunft). Im Vorfeld der Veranstaltung gab es Diskussionen darüber, ob die Gedenkveranstaltung am Hauptbahnhof abgehalten werden sollte. Gerald Netzl, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen Wiens ging in seiner Wortmeldung, in der er im Übrigen auch an den Sozialistenprozess 1936 erinnerte, auf diese

Gerald Netzl und Marina Hanke auf der Bühne vor dem Hauptbahnhof



Josef Hubmayer/SPÖ Wien

Diskussion ein und betonte, dass grundsätzlich die Gedenkveranstaltung an Originalschauplätzen durchgeführt werden sollte. Die Entscheidung für den Hauptbahnhof sei in diesem Jahr aber durchaus weise, so Gerald Netzl.

Kritisch sei hier aber festgehalten, dass der Konnex Hauptbahnhof – Republikanische Schutzbündler kaum vorhanden war (hier hätte man beispielsweise die „Flucht“ und Ankunft von Schutzbündlern in der Sowjetunion, aber auch die Moskauer Schauprozesse erwähnen können) und die Veranstaltung generell etwas „lieblos“ gestaltet wirkte. Trotzdem möchten wir positiv hervorheben, dass von allen Seiten in der Sozialdemokratie das Bekenntnis abgelegt

wurde, das Gedenken an den 12. Februar auch zukünftig aufrechtzuerhalten.

Marina Hanke, Vorsitzende der SJ Wien, und Frau Prof. Erika Stubenvoll, Vorsitzende der Volkshilfe Wien, gingen in ihren Wortmeldungen vor allem auf die aktuelle Situation in der Flüchtlingskrise ein. Insbesondere habe sich die Stimmung seit dem „Willkommenskultur-Hype“ gedreht, rechtspopulistisches und rechtsextremes Gedankengut sei im Aufwind. Die Sozialdemokratie müsse sich diesen politischen Entwicklungen entschlossen und geschlossen entgegenstellen, so der Tenor der Wortmeldungen.

Hauptrednerin der Gedenkveranstaltung, die GR Ernst Woller,

Vorsitzender der Wiener Bildung, moderierte, war Stadträtin Sonja Wehsely. Aus ihrem Statement geht hervor, dass der 12. Februar eine Zeit ist, um jener zu gedenken, die ihr Leben im Kampf gegen das austrofaschistische Unrechtsregime ließen, der österreichische Bürgerkrieg aber auch einen Auftrag für die Zukunft bedeutet, immer für Demokratie und Menschenrechte einzustehen, sich mit jenen solidarisch zu zeigen, die vor Krieg und Terror fliehen.

Für den musikalischen Rahmen sorgte die Gruppe „Morgenrot“, die eine Reihe von Liedern der ArbeiterInnenbewegung spielte. Die Veranstaltung zählte mehrere hundert Besucherinnen und Besucher. ■

Ich erkläre mit Wort und Unterschrift, dass ich dem Republikanischen Schutzbund aus freiem Willen angehöre, um die republikanische Verfassung und die Demokratie zu schützen, die Errungenschaften der Revolution zu hüten und die politische und gewerkschaftliche Unabhängigkeit der österreichischen Arbeiterschaft vor den Angriffen



Der Schutzbund-Eid

der Reaktion zu bewahren. Ich verpflichte mich mit Handschlag, alle Pflichten eines Mitgliedes des Republikanischen Schutzbundes in Treue und mit Eifer zu erfüllen, die Anordnungen der Führer des Schutzbundes jederzeit gewissenhaft zu befolgen und immer und überall die Interessen der Republik,

der Demokratie und der sozialdemokratischen Partei zu verfechten. Mit dieser Erklärung gelobe ich, in allen Kämpfen welcher Art immer mit Aufopferung und Zähigkeit auszuhalten.

Diese feierliche Erklärung besiegle ich hiemit mit meiner Unterschrift!

(Quelle: „Der Schutzbund“ Nr. 11/ Nov. 1927, Seite 170)



Februargedanken in Salzburg

Anlässlich des 82. Jahrestages der Februarkämpfe luden der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen und die vida Salzburg zu einer gemeinsamen Kranzniederlegung am Salzburger Hauptbahnhof ein.

Dort kam es am Abend des 12. Februars zu einem größeren Zwischenfall, als nach der Ausrufung des Generalstreiks im Heizhaus eine Lokomotive in die Drehscheibengrube gefahren wurde. Zahlreiche Züge konnten so bis zum darauffolgenden Abend nicht mehr abgefertigt werden.

Rudolf Schuchter, Landesvorsitzender der vida Salzburg, erinnerte in seiner Begrüßung an die zahlreichen Eisenbahner, die Widerstand gegen das austrofaschistische und später nationalsozialistische Regime leisteten. „Diese tapferen Genossen nicht zu vergessen, ist eine Verpflichtung“, so Schuchter.

Die anschließende Gedenkrede hielt **Matteo Gebhart**. Der

designierte Landesvorsitzende der Salzburger Freiheitskämpfer/innen betonte darin, wie wichtig es ist, aus der Geschichte zu lernen: „Der Februar 1934 ist Mahnung und Auftrag zugleich. Wir müssen wachsam gegenüber



Matteo Gebhart, designierter Landesvorsitzender der Freiheitskämpfer/innen Salzburg, hielt heuer die Gedenkrede am Salzburger Hauptbahnhof

Hetzern sein und jeglicher Ausgrenzung eine klare Absage erteilen. Nur so ist es möglich, eine gesellschaftliche Polarisierung zu verhindern.“

Lieder des Widerstandes

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts entstanden zahlreiche revolutionäre ArbeiterInnenlieder, die sich gegen den aufkeimenden Faschismus in Österreich und

Europa richteten. Das Renner-Institut Salzburg lud am Vorabend des diesjährigen Februargedankens dazu ein, diese vielfältige Kultur des Widerstandes näher kennenzulernen und gemeinsam ausgewählte Lieder zu proben.

Bei diesem Themenabend wurden zunächst die geschichtlichen und gesellschaftlichen Hintergründe thematisiert, bevor im zweiten Teil bekannte Lieder einstudiert und gesungen wurden. So auch das „Lied der österreichischen Widerstandskämpfer“, welches 1944 nach einem nächtlichen Feuergefecht zwischen der österreichischen Partisanengruppe Leoben-Donawitz und SA- und SS-Verbänden entstand.

Webtipp: Ausführliche Informationen zum Thema gibt es auf steinocher-archiv.at, der Geschichtsseite des Renner-Instituts Salzburg. ■

Höchste Auszeichnung der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen Tirol an Gerlinde Ritter und Konstantin Kaiser verliehen.

Hundert Frauen und Männer, die gegen das autoritäre System aufstanden und für die Werte der Sozialdemokratie, für Freiheit, Gleichheit und Demokratie kämpften, haben diesen Mut im Rahmen der Februarkämpfe 1934 mit ihrem Leben bezahlt.

Die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen Tirol organisierten wie jedes Jahr eine Gedenkveranstaltung am 12. Februar 1934. „Wir gedenken der Frauen und Männer des Schutzbundes, die Opfer des Austrofaschismus wurden, und wir erinnern uns an die Leiden all jener widerständigen DemokratInnen, die in der Folge vom Ständestaat unbarmherzig verfolgt und

Aus der Geschichte lernen

drangsaliiert worden sind“, erinnerte Vorsitzender Helmut Muigg und mahnte, aus der Geschichte zu lernen.

Im Rahmen der Veranstaltung wurden Gerlinde Ritter und Konstantin Kaiser mit der Otto-Bauer-Plakette, der höchsten Auszeichnung der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen, ausgezeichnet. Überreicht wurden sie von Helmut Muigg und SPÖ-Vorsitzendem Ingo Mayr.

Dr. Gerlinde Ritter, Psychologin, hat in einer Vielzahl von Funktionen seit 1963 ehrenamtlich sozialdemokratische und antifaschistische Arbeit geleistet. Sie verfasste für ihren Vater Anton Winkler, selbst Revolutionärer Sozialist und Verfolgter des Austrofaschismus und des

Nationalsozialismus, eine Dokumentation des Widerstandes in Innsbruck.

Dr. Konstantin Kaiser, Mitbegründer und Geschäftsführer der „Theodor Kramer Gesellschaft“,

hat die Bedeutung der Exil- und Widerstandsliteratur für die österreichische Kultur wiederentdeckt und thematisiert.

Seine Mitarbeit in vielen Gesellschaften, Forschungsgruppen, Ausstellungen ist sehr geschätzt, auch war und ist er gefragter Lehrbeauftragter an einigen Universitäten in Österreich. ■



Helmut Muigg (l.) und Tirols SPÖ-Vorsitzender Ingo Mayr (r.) überreichten die Otto-Bauer-Plakette an Gerlinde Ritter und Konstantin Kaiser



Ein Blitzlicht der burgenländischen FPÖ

Dass die FPÖ Burgenland sich nicht wesentlich von ihrer Bundespartei und anderen blauen Landesorganisationen unterscheidet, lässt sich anhand eines jüngsten Beispiels buchstäblich gut veranschaulichen.

Eine Buchpräsentation Ende Dezember 2015 im Büro von LH-Stv. Tschürtz: Der Autor bittet um Zuruf einer Seitenzahl, um nicht selbst die vorzulesenden Stellen auszuwählen. Es wird die Seite 88 von einer Stimme aus dem nicht sichtbaren Hintergrund gewünscht. LH-Stv. Tschürtz beginnt daraufhin zu lachen. Die Zahl wird wieder aus dem Off als „unsere Glückszahl“ bezeichnet.

Zu verfolgen war das Geschehen auf einem YouTube-Video, das vom anwesenden Kamerateam online gestellt wurde. Ein engagierter burgenländischer Journalist entdeckte das Video bei Recherchen einige Tage später,

erstattete Anzeige und informierte Landesvorsitzende Steiger-Moser Anfang Jänner 2016 über den Vorfall. Nach Absprache mit dem DÖW und dem Mauthausen Komitee wurde das Video über soziale Netzwerke verbreitet.

Ende Jänner greift die SJ Burgenland den Vorfall auf, wirft Tschürtz sein amüsiertes Lachen bei Nennung der Zahl 88 vor und fordert eine Distanzierung. Während Tschürtz in einer ersten Reaktion davon spricht, dass er „nicht nur anlassbezogen“ lache, attackiert der Geschäftsführer der burgenländischen FPÖ Christian Ries die SJ-Vorsitzende Silvia Czech persönlich auf das Heftigste.

Der Landesverband Burgenland verurteilt die Diktion des Geschäftsführers der FPÖ Burgenland. Abgesehen von den untragbaren persönlichen Verunglimpfungen der burgenländischen SJ-Vorsitzenden handelt es sich um eine Verharmlosung der Ereignisse. Darüber hinaus war das ausführliche Erklärungsbedürfnis der FPÖ mehr als entlarvend. Fakt ist: Sowohl das DÖW als auch das MKÖ weisen immer wieder auf die Bedeutung von Zeichen und Codes wie der Zahl 88 hin. Sie sind Bestandteil der rechtsextremen und neonazistischen Kommunikation. Sie sind ein Erkennungszeichen für die Ideologie und dienen dazu, strafrechtlicher Verfolgung zu entgehen. Erst im Sommer 2015 hat Verkehrsminister Stöger (SPÖ) per Erlass die Verwendung von Nazi-Codes

auf Wunschkennzeichen unterbunden.

Vorsitzende Steiger-Moser: „Im Sinne unseres Leitsatzes ‚Nie-mals vergessen‘ sind wir um die Gedächtniskultur bemüht. Dazu gehört auch, in der Gegenwart auf die Verwendung einschlägiger Zeichen und Codes aufmerksam zu machen. Wenn Herr Ries in diesem Zusammenhang von ‚kruder Zahlennumerologie‘ und ‚esoterischem Humbug‘ spricht, empfehlen wir ihm die Lektüre der vom Mauthausen Komitee zur Verfügung gestellten Unterlagen.“

Politisch folgt eine Anfrage von ÖVP und Grünen im burgenländischen Landtag. Nach der Pressesaussendung des Landesverbands der Freiheitskämpfer/innen wird der Vorfall jedoch in den Medien nicht mehr kommentiert. ■

Diskussion über das Erstarken der Rechten

Zur gut besuchten Veranstaltung in der Volkshochschule Hietzing am 13. Jänner hatten die Hietzinger Freiheitskämpfer/innen und die VHS 13 eingeladen. Referenten waren Marcus Strohmeier, internationaler Sekretär des ÖGB, und Willi Mernyi, Vorsitzender des Mauthausen Komitees. Eine Reflexion von Ali Kohlbacher.

In der Arbeiter-Zeitung vom 12. Jänner 1969 zitierte Gen. Manfred Scheuch in einem Artikel die Arbeiter-Zeitung vom 14. Jänner 1919 zur Ermordung von Rosa Luxemburg (R.L.) und Karl Liebknecht (K.L.): „Auf der

Flucht erschossen, hieß es am Tag danach in offiziellen Berichten, aber was am 15. Jänner 1919 an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verbrochen worden war, das war gemeiner Mord. Ihm voran ging eine gezielte Pogrom-

hetze gegen die beiden Spartakisten in Berlin.“ „Die letzten Opfer des Weltkriegs“, schrieb seinerzeit die AZ. Scheuch stellte fest: „In Wahrheit waren Rosa Luxemburg

und Karl Liebknecht die ersten Opfer auf einem grauenhaften Weg, der erst in Auschwitz enden sollte.“

Die Mörder von 1919 fanden sich in den Reihen der rechtsradikalen Freikorps, die sich zur Aufgabe stellten, die Entwicklung in Deutschland zum Sozialismus mit allen Mitteln zu verhindern. Die rechtsradikalen Extremisten in den Freikorps waren wie Hauptmann Pabst, der Mörder von R.L. und K.L. und spätere Stabschef der Heimwehr im Austrofaschismus, oder Heinrich Himmler und Hermann Göring die Totengräber der Demokratie. Letztere waren Akteure des Holocausts und des Eroberungskrieges der Nazis.

Gewiss wiederholt sich Geschichte nicht exakt. Aber es gibt Parallelen und Ähnlichkeiten hinsichtlich der Ursachen, der Abläufe und der Folgen historischer Prozesse. Nach den Gräueln des

Ersten Weltkriegs und der anschließenden Not brachten sich faschistische Regime mit terroristischen Mitteln an die Macht. Heute führen die kapitalistische Krise, Kriege, religiöser und/oder nationalistischer Fanatismus in Europa zu Arbeitslosigkeit, Flüchtlingsbewegungen, zu Not und Abstiegsängsten, denen die europäischen Demokratien politisch nur unzureichend zu begegnen imstande sind. Das ist die Stunde der Rechtsradikalen und Neofaschisten, die in Europa Zulauf haben, die die politischen Institutionen zunehmend unterwandern, Hass predigen und Gewalt auslösen. Hier schließt sich der Kreis zu den Ereignissen 1919, die zum Tod von R.L. und K.L. führten. Seien wir wachsam, treten wir entschlossen Chauvinismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Autoritarismus entgegen. Rosa Luxemburg erkannte die Alternativen für unsere Zukunft: Sozialismus oder Barbarei. ■



Willi Mernyi (l.) und Marcus Strohmeier (r.) waren als Experten zur Diskussion geladen



Rechte an der Universität

Im folgenden Beitrag widmet sich Genossin Camila Garfias vom Vorsitzteam der ÖH an der Universität Wien alten und neuen rechten Bewegungen an der Uni. Ein Plädoyer für antifaschistische Courage.

Die Universitäten waren nach der Zeit des Nationalsozialismus bis zur Öffnung der Hochschulen durch die Reformen der damaligen Wissenschaftsministerin Hertha Firnberg ein Hort des Antisemitismus und Deutschnationalismus. Die positiven Auswirkungen des breiteren Zugangs von vor allem bildungsferneren Schichten lassen sich deutlich am Beispiel der Hochschul_innenschaft zeigen. War der RFS (Ring Freiheitlicher Studenten) noch bis 1974 zweitstärkste Fraktion, stellen sie heute an der Universität Wien mit 2,05 Prozent kein Mandat und auch auf Bundesebene sind sie mit 2,46 Prozent und einem Mandat unbedeutend.

Die Universität Wien hat seit 2001 eine konsequent linke Studierendenvertretung, bestehend aus dem VSSÖ, der Gras und dem KSV-Lili. Die bereits 15 Jahre bestehende linke Exekutive kann den falschen Eindruck vermitteln, dass es an der Universität Wien keine Rechten mehr gäbe. Als kritische, linke und vorlaute ÖH werden wir immer wieder zur Zielscheibe bürgerlicher und konservativer Kritik – auch von Seiten der Medien. Für uns ist klar, dass eine Studierendenvertretung sich nicht nur auf universitätsspezifische Probleme konzentrieren soll, sondern sich auch gesellschaftlichen Missständen annimmt. Die Universität ist kein abgeschlossener Raum. Denn so wie in der breiten Gesellschaft gibt es auch an der Universität immer noch Rechte.

Auch im Jahr 2016 tummeln sich deutschnationale Burschenschafter und andere Gruppen mit rechtem bis rechtsextremem



Bwag/ Commons

Jeden Mittwoch versammeln sich schlagende Burschenschafter beim „Burschi-Bummel“ vor der Uni-Rampe. AntifaschistInnen lassen das nicht unwidersprochen.

Gedankengut an den Universitäten. Neben den Hochburgen der Burschenschaften wie der Montanuniversität Leoben fühlen sich die Deutschnationalen auch an der Universität Wien wohl: So findet jeden Mittwoch der sogenannte „Bummel“ am Haupteingang der Universität Wien statt und auch im Unirat waren bis 2008 Burschenschafter vertreten. Noch heute fungieren die Burschenschafter als Elite in der FPÖ und nehmen eine „Scharnierfunktion“ zwischen der parlamentarischen Rechten und den Rechten auf der Uni und der Straße ein.

Die neue Rechte an der Uni

Neben den Burschenschaffern hat sich aber auch eine neue rechte Bewegung in der Universität einen Raum gefunden, um ihr Gedankengut zu verbreiten: die Identitären. Die Identitären haben ihr Vorbild in der italienischen CasaPound und grenzen sich von einem biologischen Rassismus der „Alten Rechten“ ab. Ihre Ideen gehen von in sich homogenen Kulturgruppen aus, deren Identität durch „Vermischung“ gefährdet ist. Auf die Frage, wieso die Identitären insbesondere Schüler_innen und Student_innen erreichten, antwortete Kathrin Glösel im In-

terview mit der ÖH-Zeitung „Progress“: „Das liegt an ihren Themen, an der Weise, wie sie diese ansprechen, und an den Mitteln, die sie dazu verwenden. Viele junge Erwachsene sind erstmals mit sozialen Unsicherheiten konfrontiert. Identitäre greifen genau das auf, allerdings ohne profunde Kritik am ökonomischen System. Ihre aktionistische Ausrichtung und ihre Medien ermöglichen es, schnell mitzumachen.“

Heute wie gestern muss es heißen: „Einmal und nie wieder – kein Vergeben, kein Vergessen!“ Es gibt jeden Mittwoch eine antifaschistische Kundgebung, um die Deutschnationalen bei ihrem Bummel nicht unwidersprochen gewähren zu lassen, und so werden auch Aktionen der Identitären vehement von linken Aktivist_innen gestört und versucht, zu verhindern.

Die Krux scheint es zu sein, die Anfänge zu erkennen, die rechten Tendenzen in einer Gesellschaft wahrzunehmen und geschlossen zu bekämpfen, um sie aus der Mitte der Gesellschaft zu verbannen. Die Salonfähigkeit, die die FPÖ in den vergangenen Jahren erlangt hat, ihr immer größerer Zulauf sind ebenso Anfänge wie die immer wieder auftretende Schändung von Denkmälern, die rechten Gewalttaten gegen Asylwerber_innen, linke Aktivist_innen und Vereinslokale.

Aktiver Antifaschismus bedeutet, nicht wegzusehen. Aktiver Antifaschismus bedeutet, solidarisch zu sein. Aktiver Antifaschismus bedeutet, den Anfängen zu wehren und zu sagen: „Nie wieder.“

Literatur

Bruns, Julian; Glösel, Kathrin; Strobl, Natascha: „Die Identitären – Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa“, Unrast Verlag, 2014

Feder, Fanja: „Wir misten aus. Zur Bildungspolitik des Rings Freiheitlicher Studenten“, in: „Völkische Verbindungen – Beiträge zum deutschnationalen Korporationsunwesen in Österreich“, 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, Hochschul_innenschaft an der Universität Wien (Hg.), 2014



KZ-Arzt Sigbert Ramsauer: Eine österreichische Geschichte

Ali Kohlbacher hat das Buch von Lisa Retzl und Peter Pirker über die Geschichte des ehemaligen Kärntner KZ-Arztes Sigbert Ramsauer gelesen und eine Rezension verfasst. Prädikat: absolut empfehlenswert.

Eine höchst interessante Ausstellung im DÖW befasste sich im Vorjahr 2015 mit der österreichischen Nachkriegsjustiz anhand von vier Volksgerichtsprozessen gegen Nazi-Kriegsverbrecher (dazu ein Bericht im Heft Nr. 7-8-9 des „Sozialdemokratischen Kämpfers“).

2010 legten Lisa Retzl und Peter Pirker ein Werk über Sigbert Ramsauer vor. Es geht seiner SS-Karriere, seinen Einsätzen in Ostpolen und Weißrussland sowie im KZ Loibl und in anderen Konzentrationslagern sowie seiner gelungenen, von einem politischen Netzwerk unterstützten Wiederein-

gliederung in die österreichische Nachkriegsgesellschaft nach.

Dieses verdienstvolle Werk belegt die Umstände und Voraussetzungen, die es dem KZ-Mörder Ramsauer ermöglichten, den über ihn verhängten Strafen schrittweise bis hin zum Freispruch zu entgehen und anschließend eine bürgerliche Existenz als Arzt in Klagenfurt aufzubauen.

Bereits als Student trat Ramsauer 1933 in Innsbruck der Allgemeinen SS bei. Ab 1938 gehörte er dem SS-Reitersturm an, wechselte mit Beginn des NS-Eroberungs- und Vernichtungskrieges

zur Waffen-SS und betrat als SS-Untersturmführer der 1. SS-Totenkopf-Reiterstandarte die eroberten Gebiete Polens und Weißrusslands. 1942 begann die KZ-„Karriere“ Ramsauers als KZ-Arzt in der SS-Verwaltungszentrale für sämtliche KZ in Oranienburg.

Man wies ihm nach, dass er Häftlinge zur Tötung, unter anderem zur Vergasung, ausgewählt hat. Zeugen beschuldigten ihn vor Gericht der Vernachlässigung der medizinischen Versorgung mit Todesfolge, der Tötung durch Benzin-Injektionen und willkürlicher Experimente und Operationen.

Am 7. Mai 1945 kapitulierte Nazi-Deutschland. Am Loibl befanden sich noch 1.115 Häftlinge im Lager. Erst nach drei Wochen wird der untergetauchte Ramsauer von den Briten gefangen genommen und am 2. September vor ein britisches Militärgericht gestellt. Ramsauer erhielt eine lebenslange Haftstrafe. Im Vergleich zu den US-Prozessen und den frühen österreichischen Volksgerichten war das Strafausmaß für den kommandierenden SS-Hauptsturmführer für nachgewiesene Morde, Misshandlungen und ärztliche Pflichtverletzungen außerordentlich milde.

Nun begann der Prozess der Verwandlung Ramsauers vom Täter zum Opfer, der Weg der Strafmilderung bis hin zur Begnadigung. Ramsauers Vater, aber auch er selbst brachten mehrere Gnadengesuche ein. Ein weit gespanntes Netzwerk von Initiativen zur Begnadigung Ramsauers begann zu arbeiten. Einflussreiche politische und kirchliche Institutionen und Personen verwendeten sich mit schriftlichen und mündlichen Interventionen für seine Freilassung. Dazu gehörten unter anderem der spätere ÖVP-Bundeskanzler Josef Klaus und der spätere ÖVP-Verteidigungsmi-

nister Ferdinand Graf sowie der Salzburger Erzbischof Andreas Rohrer, der mit seinem „Versöhnungswerk“ Fluchthilfe für NS-Verbrecher über die Netzwerke des Vatikans organisierte.

Doch auch die SPÖ wollte nicht abseits stehen: 1953 intervenierte der von der SPÖ nominierte Justizminister Josef Gerö für Ramsauer. Am 31. 3. 1954 fiel die Entscheidung über Ramsauers Freilassung. Das Foreign Office bestand jedoch darauf, dass die Freilassung nicht aus politischen, sondern aus medizinischen Gründen erfolgt sei.

Die Reintegration in die Nachkriegsgesellschaft verlief schnell und problemlos. Zunächst wurden er und andere belastete „Ehemalige“ von ehemaligen NS-Ärzten aufgefangen und im LKH Klagenfurt untergebracht und im Dezember 1956 eröffnete Ramsauer im Zentrum der Klagenfurter Altstadt eine eigene, gut gehende Praxis mit Kassenvertrag.

In Österreich wollte man von der NS-Vergangenheit nicht mehr viel wissen und verdrängte sie. Die West-Alliierten waren bemüht, Österreich und Deutschland in das Bündnis gegen die Sowjetunion einzubinden. So blieben viele NS-Verbrechen ungesühnt. Bis heute werden Straftaten gegen das Wiederbetätigungsgesetz, wenn überhaupt, zögerlich geahndet. Die Strafen hatten meist symbolischen Charakter und der jüngste Justizskandal (siehe Seite 24) ist der Einstellungsbeschluss der Grazer Staatsanwaltschaft zum eingeleiteten Aula-Strafverfahren. Dieser hatte in einem Hetzartikel im einschlägigen Magazin „Aula“ überlebende Häftlinge des KZ Mauthausen als Landplage und als Massenmörder beschimpft. Auch der Rechtsschutzbeauftragte Gottfried Strasser sah darin kein Problem. Die Freiheitskämpfer/innen haben protestiert. ■



Lisa Retzl, Peter Pirker: „Ich war mit Freuden dabei.“ Der KZ-Arzt Sigbert Ramsauer. Eine österreichische Geschichte, Milena Verlag, Wien, 2010, ISBN: 978-3-85286-200-2, 352 Seiten, € 23,- (derzeit vergriffen)



Bundespräsident Heinz Fischers Buch zum Fall Borodajkewycz aus dem Jahr 1966 ist neu aufgelegt worden. Der junge Jurist hatte 1965 eine Schlüsselrolle in der Affäre. Gerald Netzl hat das Werk noch einmal gelesen.

Bundespräsident Heinz Fischer hatte als junger Jurist in den frühen 1960er Jahren eine Schlüsselrolle in der damaligen „Affäre Borodajkewycz“. Deren 1966 erschienene dokumentarische Aufarbeitung mit dem Titel „Einer im Vordergrund: Taras Borodajkewycz“ war lange vergriffen. Im Ephelant Verlag erschien nun ein Faksimile, ergänzt und komplettiert um das endgültige Urteil der Disziplinaroberkommission gegen den NS-lastigen Professor.

Der an der damaligen Hochschule für Welthandel (der heutigen WU) Zeitgeschichte lehrende Sozial- und Wirtschaftshistoriker Taras Borodajkewycz war durch antisemitische Äußerungen und sein Bekenntnis zu seiner nationalsozialistischen Vergangenheit aufgefallen. Artikel in der „Zukunft“ und in der „Arbeiter-Zeitung“, in denen kritisiert wurde, dass er die Hochschuljugend antisemitisch und neonazistisch beeinflusse, trugen den Fall in die Öffentlichkeit. Heinz Fischer wurde von Borodajkewycz geklagt, verurteilt und in weiterer Folge



Schatten brauner Vergangenheit: die „Affäre Borodajkewycz“

Einer im Vordergrund – Taras Borodajkewycz

freigesprochen. Borodajkewycz und ÖVP-Unterrichtsminister (damals gab es noch kein Wissenschaftsministerium) Theodor Piffl-Perčević beriefen sich auf die „heilige

Lehrfreiheit an den Hochschulen“, wohingegen die antifaschisti-

schen Kräfte, darunter auch unser Bund, vehement verlangten, den



Heinz Fischer: Einer im Vordergrund. Taras Borodajkewycz. Dokumente, Berichte, Analysen, hg. v. Franz Richard Reiter, Ephelant Verlag, Wien, 2015, ISBN 978-3-900766-36-9, 320 Seiten, € 22,-

Uni-Professor, der den Ungeist des Antisemitismus und Großdeutschtums unter seinen Studierenden verbreitet, umgehend zu entfernen. Der nationalkatholische Professor fungierte als politischer Verbinder zwischen ÖVP und Altnazis, wurde für seine Ansichten aber nicht nur von Linken, sondern unter anderen auch von katholischen HochschülerInnen, CV (!) und dem Hauptverband der katholischen Elternvereine zum Rücktritt aufgefordert.

Weitere wertvolle Bücher des Ephelant-Verlages, die wir bewerben wollen:

Franz Richard Reiter „Wer war Rosa Jochmann?“ Die erste, authentische Antwort gibt Rosa Jochmann mit einer Rede und in einem Interview, das Franz Richard Reiter mit ihr geführt hat. Rund vierzig AutorInnen legen Zeugnis ab, berichten und analysieren.

Monika Horsky: „Man muss darüber reden – Schüler

Buchtipps

fragen KZ-Häftlinge“ Österreicherinnen und Österreicher, die die Nazi-Konzentrationslager überlebt haben, berichten SchülerInnen und beantworten ihre Fragen.

Franz Danimann „Flüsterwitze und Spottgedichte unterm Hakenkreuz“

Die Zusammenstellung von Flüsterwitzen und Spottgedichten dokumentiert die Unterdrückung im Alltag

und den Widerstandswillen breiter Schichten gegen die nationalsozialistische Herrschaft.

Irene Harand: „Sein Kampf – Antwort an Hitler“ (1935)

Die Katholikin Irene Harand (1900–1975) stand weltanschaulich Dollfuß und Schuschnigg nahe. Ihr Buch gibt Antworten auf Aussagen Hitlers und anderer Nazis – einfach, luzid, überzeugend, heute wie damals gültig und aufklärend.

Trauriger Höhepunkt der Auseinandersetzungen war der Tod des Widerstandskämpfers Ernst Kirchwegger, der von einem Anhänger des Uni-Professors attackiert wurde und kurz darauf seinen Verletzungen erlag – er war das erste politische Todesopfer der Zweiten Republik. Borodajkewycz selbst wurde schließlich im Mai 1966 strafweise – bei vollen Bezügen – in den Ruhestand versetzt. Die Disziplinaroberkommission hielt unter anderem fest, dass Borodajkewycz „Personen der Geschichte und Gegenwart mit einem negativen Wertakzent als Juden“ bezeichnet habe. ■



Graphic Novels

Immer öfter erscheinen Graphic Novels mit zeitgeschichtlichen Inhalten, die auch für AntifaschistInnen interessant sind. Gerald Netzl stellt einige davon vor.



picture alliance/Bundeszentrale für politische Bildung

Art Spiegelman wurde für „Maus“ mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichnet

Graphic Novel (dt.: illustrierter Roman, Comicroman) ist eine aus den Vereinigten Staaten übernommene Bezeichnung für Comics im Buchformat, die sich aufgrund ihres thematischen Anspruchs und ihrer erzählerischen Komplexität von normalen Heftcomics unterscheiden.

In dem mittlerweile als Klassiker zu bezeichnenden „Maus“, 1989 erstmals in Deutsch erschienen, erzählt Art Spiegelman die Geschichte seines Vaters. Er schildert dessen vergebliche Versuche, als Jude im von

den Deutschen besetzten Polen zu entkommen. Der Comic gilt bis heute als eine der ambitioniertesten und besten Graphic Novels. 1992 wurde Spiegelman mit einem Pulitzer-Preis ausgezeichnet, ein Novum.

Interessant ist auch „Das Komplott. Die wahre Geschichte der Protokolle der Weisen von Zion“. Will Eisner entlarvt in diesem spannenden Comic, das sich auf Erkenntnisse von Historikern stützt, ihre Entstehungsgeschichte.

„Als die Nacht begann“ von Thomas Fatzinek behandelt den 12. Februar 1934 und ist schon deshalb lesenswert. Im Gegensatz zu allen anderen in diesem Artikel behandelten Büchern arbeitete Fatzinek mit Linolschnitten und nicht mit Zeichnungen.

2004 ist sein Büchlein erstmals erschienen, 2016 wurde es neu aufgelegt.

Weitere erwähnenswerte Bücher: „Der Boxer – Die Überlebensgeschichte des Hertzko Haft“ von Reinhard Kleist und „Rosa Winkel“ von Michel Dufuranne und Milorad Vicanovic.

Es gibt noch viele lesenswerte Graphic Novels: Karl Kraus' „Die letzten Tage der Menschheit“, „Ich, René Tardi, Kriegsgefangener im Stalag IIB“ von Jacques Tardi sowie die vierbändige Darstellung der Pariser Commune „Die Macht des Volkes“, ebenfalls von Tardi.

WEBTIPP: Eine Vielzahl interessanter Graphic Novels findet man hier: www.besserewelt.at/sachcomics-graphic-novels ■

Biografie über Hitler

Claus Michl-Atzmüller hat die neue Hitler-Biografie von Peter Longenrich gelesen und seine Eindrücke für unsere Zeitung zusammengefasst.

Seit dem zweibändigen Werk von Ian Kershaw, der eine strukturalistische Sichtweise in seiner Hitler-Biografie verfolgt, Hitler als Produkt des Systems und der (gesellschaftlichen) Umstände sieht, liegt die Latte für neue Biografien hoch. Doch Peter Longenrich hat sich in seinem Werk dieser Herausforderung auf hervorragende und äußerst lesenswerte Weise gestellt.

Peter Longenrich beschäftigt sich schon seit langem mit NS-Funktions-Eliten und verfasste bereits in der Vergangenheit Biografien zu Goebbels und Himmler. In seiner Hitler-Biografie rücken die Person Hitler, ihr Handeln und seine extreme Persönlichkeit in den Fokus, wodurch Longenrich gegen die These anschreibt,

Hitler sei ein schwacher Diktator gewesen. Im Gegenteil. Er zeichnet ein Bild eines starken Diktators, eines skrupellosen Machtpolitikers und Diktators, der die Zügel fest in der Hand hielt, Strukturen, die ihn behinderten, niederriss und neue (ihm ergebene) erschuf, die ihm enorme Handlungsspielräume ermöglichten. Nichts geschah ohne seine dezidierten Anordnungen und „Führerbefehle“, erst recht nicht die „Euthanasie“ oder die „Lösung der Judenfrage“. Ob Außenpolitik, Aufrüstung, Wirtschafts- und Sozialpolitik, Kirchenpolitik, Kulturfragen oder das Alltagsleben, der „Kontrollfreak“ Hitler zog in sämtlichen Politikfeldern die Fäden.

Doch bescheinigt Longenrich Hitler auch ein gewisses Maß

an „Flexibilität“, die auch Phasen der Unschlüssigkeit, spontaner Umdisposition oder des Zögerns kannte. Longenrich vermeidet aber tiefenpsychologische Deutungen von Hitlers Charakter. Auch Hitlers vorpolitisches Leben steht für Longenrich in keinem nennenswerten Zusammenhang mit der späteren Karriere Hitlers.

Ausgehend von den Erlebnissen im Ersten Weltkrieg widmet Peter Longenrich den Großteil seiner Hitler-Biografie der Darstellung von Hitlers Weg durch die Weimarer Republik bis an die Staatsspitze. Über seine Tätigkeit erst als „Trommler“, dann als Führer der NS-DAP, die „Machtergreifung“, die Errichtung einer Diktatur, die innen- und außenpolitischen Erfolge, den Kriegsbeginn bis hin zum Genozid an den Juden und



Peter Longenrich: „Hitler. Biographie“, Siedler Verlag, München, 2015, ISBN: 978-3-82750-060-1, 1.296 Seiten, € 41,20

die Mordpolitik in Polen und der Sowjetunion, schließlich den Untergang und Selbstmord – Peter Longenrich schreibt die Geschichte des „Dritten Reiches“ aus der Perspektive des „Führers“. ■

Wer war Rudolf Hilferding?

Wussten Sie, dass Rudolf Hilferding, 1923 und 1928 deutscher Reichsfinanzminister und von 1924 bis 1933 Abgeordneter der SPD im Reichstag der Weimarer Republik, bis 1919 Österreicher war? Ein Beitrag von Franz Sperl.

1877 in Wien als Sohn jüdischer Eltern geboren, studierte er Medizin und war zuerst in Wien als Kinderarzt tätig. Früh jedoch kam er politisch mit der Sozialdemokratie in Berührung und machte sie nach und nach zum Zentrum seines Wirkens. 1906 gab er den Arztberuf auf und sein Tätigkeitsfeld verlagerte sich zunehmend nach Deutschland. Eine Lehrtätigkeit an der SPD-Parteischule in Berlin folgte, ebenso die Redaktion im SPD-Organ „Vorwärts“.

Inhaltlich entfernte sich Rudolf Hilferding bald von der Medizin und wurde schnell zur finanzwirtschaftlichen Kapazität und zum fortgeschrittenen politischen Theoretiker. Bereits 1910 verfasste er sein wichtigstes Werk, „Das Finanzkapital“. Karl Kautsky, dem er sehr verbunden war, nannte es einmal den „vierten Band des Kapitals“. Trotz seiner späteren deutschen Staatsangehörigkeit und dortigen parlamen-

tarischen Tätigkeit ist Hilferding damit auch den bedeutenden austromarxistischen Denkern zuzuordnen.

1915 war er als Feldarzt in ein Frontlazarett der österreichischen Armee eingezogen worden, wo er bis 1918 zu verbleiben hatte. Trotz seines militärischen Ranges war er Kriegsgegner und gegen die Burgfriedenspolitik der SPD-Mehrheit eingestellt, die die Kriegspolitik unterstützte. 1917 kam es in der SPD deswegen auch zur Abspaltung der USPD (Unabhängige SPD). Rudolf Hilferding schloss sich der USPD an und übernahm nach Kriegsende die Chefredaktion ihres Parteiorgans „Freiheit“. 1919 erhielt er auch die deutsche Staatsangehörigkeit. Hilferding setzte sich immer für die Wiedervereinigung mit der SPD ein, war aber entschiedener Gegner einer Vereinigung mit der KPD. Mit der Wiedervereinigung der SPD mit dem rechten Flügel der USPD, dem er

angehörte, und der Demokratisierung in der Weimarer Republik begann dort seine politische Karriere in Reichstag und Regierung. 1925 verfasste er zusammen mit Karl Kautsky das „Heidelberger Programm“ der SPD.

Als 1933 die Nationalsozialisten in Deutschland die Macht übernahmen, emigrierte er zuerst nach Zürich und 1938 nach Frankreich. Als die deutsche Wehrmacht 1940 in Frankreich einmarschierte, flüchtete er in den unbesetzten Süden des Lan-

des, nach Arles. Im Februar 1941 wurde er jedoch dort auf Befehl der Vichy-Regierung inhaftiert und dann an die Gestapo ausgeliefert. Auf dem Weg nach Paris war er schon schwerer Folter ausgesetzt. Rudolf Hilferding starb unter nicht dokumentierten Umständen am 12. Februar 1941 im Pariser Gestapo-Gefängnis Santé. Rudolf Hilferding war dreifaches Feindbild für die Nationalsozialisten – Sozialdemokrat, Parlamentarier und Jude. Dass er eines natürlichen Todes verstarb, ist auszuschließen. ■



Rudolf Hilferding im Jahre 1923

Bundesarchiv, Bild 102-00144 / CC-BY-SA 3.0

Aus dem Archiv

Karl Czernetz gehörte zu den großen Köpfen der österreichischen Nachkriegssozialdemokratie. Der spätere Nationalratsabgeordnete und Bildungsfunktionär Czernetz war in der Sozialistischen Arbeiterjugend politisch groß geworden und auch nach der Zerschlagung der Sozialdemokratie im Februar 1934 der Bewegung treu geblieben. In der Illegalität spielte er unter dem Decknamen „Konstantin“ bei den Revolutionären Sozialisten bald schon eine zentrale Rolle in der Schulungsarbeit. Wie eine ganze Generation von „Kindern des Roten Wien“ war er ein Schüler Otto Bauers.

Der Austromarxismus hatte das Denken und Handeln dieser „neuen Menschen“ zutiefst geprägt, und auch nach der Februarniederlage, als sie sich daran machten, die Fehler der alten Partei zu überwinden, blieb Otto Bauer ihr politischer Ziehvater und Begleiter. Die Beziehung zwischen den Revolutionären Sozialisten im Inland und den ehemaligen Parteiführern im Exil wurde in der Illegalität jedoch immer widersprüchlicher und konfliktreicher.

Karl Czernetz verfasste auf dem Höhepunkt dieser ideologischen Auseinandersetzung das Dokument mit dem Titel „Die Quint-

essenz des Austromarxismus“, in dem er Otto Bauers theoretische Konzepte und die politische Praxis der Sozialdemokratie einer Kritik unterzieht. Czernetz weist dabei, wie er selbst schrieb, stichhaltig nach, dass Otto Bauer die „Marx'sche Methode ganz anders auffasst und anwendet als Marx und Engels“.

Dieser Text dokumentiert ein bislang völlig ausgeblendetes Kapitel in der Ideologieggeschichte der österreichischen Sozialdemokratie.

Interessierte können die Broschüre bei Genosse Gernot Trausmuth bestellen: gernot.trausmuth@gmail.com ■



Karl Czernetz („Konstantin“): „Kritik des Austromarxismus“ Verlag AdV, Wien, 2006, ISBN: 978-3-90298-804-1, 91 Seiten, € 10,00



Verschwörungstheorien

Claus Michl-Atzmüller hat sich mit alten wie neuen Mythen über weltumspannende Verschwörungen auseinandergesetzt. Seinen Befund hat er uns – ganz unkonspirativ und demokratisch – zur Verfügung gestellt.

Verschwörungstheorien erleben vor allem durch soziale Medien einen Aufschwung. Sie stellen aber keinesfalls ein genuin rechtsexremes Phänomen dar, doch funktionieren sie in dieser Welt ausgesprochen gut. Sie befördern ideologische Sichtweisen, die eine vereinfachende Einteilung in Gut und Böse ermöglichen. Komplexe Zusammenhänge und Sachverhalte werden nachvollziehbar. Sie fragen danach, wer „schuld ist“, wenn Ereignisse eintreten, die kaum erklärbar sind, bzw. unterstützen dabei, Widersprüche und Unklarheiten verständlich zu machen. Zufälle sind ausgeschlossen, nichts passiert aus Versehen.

Die Vorstellung von einer „jüdischen Weltverschwörung“ ist ein Klassiker unter den Verschwörungstheorien. Mystischer Hintergrund ist die Annahme, dass sich die Juden gegen den Rest der Menschheit verschworen hätten und die Weltherrschaft durch die Juden angestrebt wird. „Als Weltjudentum“, „internationales Judentum“ und „Finanzjudentum“ wird dieses fiktive Kollektiv der Juden bezeichnet. Es bedient sich zur Erlangung der Weltherrschaft (inter)nationaler Organisatio-

nen, wie z. B. der CIA oder der UNO. Diese handeln entweder im jüdischen Auftrag oder sind durch Jüdinnen und Juden „unterwandert“. Letzteres wird in rechtsextremen Kreisen oft als ZOG („zionist occupied government“, zionistisch unterwanderte Regierung) bezeichnet.

Ihren schriftlichen Höhepunkt fand die Behauptung einer jüdischen Weltverschwörung in „Die Protokolle der Weisen von Zion“, einem Text, der erstmals Anfang des 20. Jahrhunderts auftauchte und in 24 Abschnitte gegliedert ist. Jeder Abschnitt stellt ein Protokoll einer Versammlung der „Weisen von Zion“ dar. In dem Text werden verschiedene Mittel und Wege dargelegt, wie die jüdische Weltherrschaft angestrebt werden soll, darunter die Destabilisierung der traditionellen Ordnung der Nationalstaaten durch Kriege, (Welt-)Wirtschaftskrisen, Kapitalismus, Liberalismus, Sozialismus, Demokratie oder die Kontrolle über die Medien. Den Nationalsozialisten dienten die Protokolle als Rechtfertigung für ihren „eliminatorischen Antisemitismus“.

In der rechtsextremen Szene ist das Wissen über die Protokolle auch heutzutage fester Bestandteil der politischen Erziehung. Doch beziehen sich moderne Antisemiten sämtlicher politischer und religiöser Richtungen auf die Protokolle. Speziell in der islamischen Welt stellen sie für radikale Islamisten ein bedeutendes propagandistisches Werkzeug dar.

Eine weitere wichtige Verschwörungstheorie stellt die „Reichs-

ideologie“ dar, die im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts im deutschsprachigen Raum entstand. Ihre Anhängerinnen und Anhänger bezeichnen sich als „Reichsbürger“, „Staatsangehörige des Freistaats Preußen“ oder als „Natürliche Personen“. So gründen Reichsbürgerinnen und Reichsbürger eigene „Reichsregierungen“, stellen sich unter „Selbstverwaltung“ oder gründen „Scheinstaaten“. Die Existenz der Bundesrepublik Deutschland ist für Reichsbürgerinnen und Reichsbürger eine Verschwörung gegen die Deutschen, begangen von Personen oder Institutionen, die oftmals antisemitischen Stereotypen entspringen: den Rothschilds, der Wall Street, dem internationalen Finanzkapital oder „den Juden“. Das Deutsche Reich bestünde juristisch weiter.

Doch ist die Reichsideologie nicht nur für die rechtsextreme Szene attraktiv, z. B. für Holocaustleugner wie Horst Mahler, sondern auch für Menschen, die leicht verständliche Lösungen für private, gesellschaftliche und wirtschaftliche Probleme suchen – unter anderem in der Esoterik, der völkischen Kapitalismuskritik oder in Ideen vom Ausstieg aus der Gesellschaft.

„Holocaustleugnung“ dient (rechtsextremen) Verschwörungstheoretikern dazu, die Shoa umzudeuten. Die Shoa sei von Jüdinnen und Juden selbst inszeniert worden, um die Staatsgründung Israels zu legitimieren und Deutschland dauerhaft zu erpressen. Antisemitismus kann so als Antizionismus getarnt werden und eine Schuldumkehr stattfinden. Holocaustleugner zweifeln vor allem die Opferzahlen und die technische Umsetzbarkeit der Judenvernichtung an.

Legendär ist auch die Verschwörungstheorie rund um den „Heß-Selbstmord“: Rudolf Heß, Stellvertreter Adolf Hitlers, habe nicht Selbstmord begangen, sondern

wäre ermordet worden, damit die Öffentlichkeit nicht erführe, dass die Briten mit Absicht keine Friedensverhandlungen mit ihm geführt hätten, um die Sowjetunion und die USA zum Kriegseintritt auf Seiten der Briten zu bewegen. Ohne deren Unterstützung hätten die Briten den Krieg verloren. Damit soll die Kriegsschuld der Nazis gemildert, die wahren Aggressoren in den Reihen der Alliierten gefunden werden. Seit seinem Tod 1987 stilisiert ihn die rechtsextreme Szene zum Märtyrer und organisiert Gedenkmärsche in Wunsiedel.

Eine neuere Verschwörungstheorie in der rechtsextremen Szene stellt die Umdeutung der NSU (Nationalsozialistischer Untergrund) als reine Erfindung der deutschen Geheimdienste dar. Das „NSU-Phantom“ ermordete allerdings zwischen 2000 und 2007 zehn Menschen.

Auch um die Anschläge auf das World Trade Center am 11.9.2001 ranken sich Verschwörungstheorien. „09/11: Inside Job“ – der israelische Geheimdienst habe die USA zu einem stärkeren pro-israelischen Engagement im Nahen Osten zwingen wollen; Neokonservative wie Georg. W. Bush hätten ein neues Pearl Harbour erschaffen wollen, um einen Krieg im Nahen Osten zu rechtfertigen; Al-Qaida habe die Anschläge geplant und durchgeführt, die US-Regierung aber davon gewusst und sie gewähren lassen, damit US-Unternehmen, an denen Bush und sein Umfeld Anteile hielten, vom Krieg profitierten.

Selbst um das „Zika-Virus“ bilden sich schon Verschwörungstheorien: als Verschwörung der Pharmaindustrie, Tests einer ominösen Biowaffe oder die Vertuschung von Nebenwirkungen giftiger Pestizide.

Verschwörungstheorien werden uns daher wohl auch in Zukunft begleiten. ■



Um die Ein-Dollar-Note ranken sich ebenfalls Verschwörungstheorien in Bezug auf Illuminaten



Ein antisexistischer Aufschrei?

In der Silvesternacht kam es in Köln zu vielen Fällen sexualisierter Gewalt. Unzählige Frauen wurden in dieser Nacht belästigt, begripscht, ausgeraubt. Die Täter? Scheinbar alles Flüchtlinge. Köln schien zu zeigen, welche Probleme mit flüchtenden Menschen nach Europa kommen. Doch welche Bedeutung hat Köln tatsächlich? Marlis Zederbauer geht dieser Frage nach.

Tatsächlich ist Köln ein Sinnbild für unsere gesellschaftliche Realität. Ein Thema kam in die Öffentlichkeit, das für die Hälfte der Bevölkerung Alltag ist: sexualisierte Gewalt. Statistisch gesehen ist in Österreich jede fünfte Frau zumindest einmal in ihrem Leben von sexualisierter Gewalt betroffen. Rund um Köln wurde dieses Thema wieder präsent, doch die Reaktionen zeigen, dass gesellschaftliche Verhältnisse verfestigt und nicht verändert werden sollen. Es wird ein „Normalzustand“ gezeichnet, der unveränderbar scheint: dass sich Frauen unwohl fühlen, Angst haben müssen. Dieser „Normalzustand“ wird nicht in Frage gestellt, sondern das Verhalten der Frauen muss sich ändern: ja nicht allein, ja nicht in der Nacht unterwegs sein, und wenn, dann eine Armlänge Abstand halten. Dies re-

produziert das Bild von der Frau als Opfer, als beschützenswertes Wesen. Dieser angebliche Schutz soll durch eine Beschränkung der Freiheit der Frauen passieren. Es geht also nicht um die Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern um eine Verfestigung dieser. Der Aufschrei, der nach der Silvesternacht in Köln durch die Gesellschaft ging, hatte nur wenig mit Antisexismus zu tun, und das zeigt sich auch am Rassismus, mit dem die Debatte geführt wurde.

Denn dieser ist der Grund für die Empörung nach Köln: Sexualisierte Übergriffe auf Großveranstaltungen sind leider keine Seltenheit, wie etwa das Oktoberfest zeigt. Doch Köln erfüllt einen Zweck: die Durchsetzung rassistischer Hegemonie. Schon seit Jahren können wir beobach-

ten, wie antimuslimischer Rassismus (oftmals durch „kulturelle Unterschiede“ argumentiert) die Gesellschaft durchzieht. Nun sind wir an einem Punkt angelangt, der die endgültige Durchsetzung in der breiten Gesellschaft notwendig macht: die sogenannte „Flüchtlingskrise“. Die EU verdankt ihre Stabilität unter anderem einem gemeinsamen Wertesystem, doch dieser wird seit Beginn der Wirtschaftskrise 2008 immer wieder erschüttert.

Die große Anzahl an Flüchtlingen stellt eine weitere Herausforderung dar. Es scheint Konsens in der Politik zu sein, dass die Aufnahme der vor Krieg, Terror und Elend Flüchtenden – oder zumindest eines Großteils davon – keine Option ist. Das Resultat ist Abschottung durch Grenzzäune, Sicherung der Außengrenzen. Für viele Flüchtende bedeutet diese Politik den Tod. Werte wie Menschenrechte, Offenheit und Toleranz sind mit dieser mörderischen Politik nicht vereinbar. Es braucht also ein Instrument, mit dem sich legitimieren lässt, warum diese Werte für eine Gruppe von Menschen (Flüchtlinge) außer Kraft

gesetzt werden müssen: Dieses Instrument ist Rassismus. Ist die breite Bevölkerung der Meinung, dass Flüchtlinge eine Gefahr für die eigene Lebenswelt darstellen, so erscheinen die Konsequenzen weniger schlimm. Und genau dafür dient Köln: Unter scheinbar antisexistischen Vorzeichen („Schutz der Frauen“) wird dieses Ereignis dafür genutzt, um Angst zu schüren, Flüchtlinge als „schlechte“ Menschen darzustellen und damit Rassismus noch tiefer in der Gesellschaft zu verankern.

Was fehlt, ist eine (selbst)kritische Auseinandersetzung mit Sexismus auf allen Ebenen. Es braucht eine Politik, die dafür sorgt, dass weder Sexismus noch Rassismus Platz in unserer Gesellschaft haben. Die politischen Maßnahmen, die derzeit propagiert werden, verfestigen jedoch nur herrschende Rollenbilder und die Diffamierung bestimmter Gruppen und sind damit höchst reaktionär.

Genossin Zederbauer ist seit Mai 2015 Frauensprecherin der Sozialistischen Jugend Österreich. ■

Aus dem Schatten der Erinnerung

Der Nationalsozialismus, bemerkte der Auschwitz-Überlebende Primo Levi im Jahr 1990, habe seine Verbrechen in strikter Geheimhaltung verübt und dabei getrachtet, die Erinnerung an die Opfer auszulöschen.

Am 71. Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz setzten die Salzburger Freiheitskämpfer/innen gemeinsam mit dem Personenkomitee Stolpersteine Salzburg, dem KZ-Verband/VdA Salzburg, der Israelitischen Kultusgemeinde und dem Stadtarchiv Salzburg ein Zeichen gegen dieses „Vergessen“.

Bei der Gedenkveranstaltung am Antifaschistischen Mahnmal in der Stadt Salzburg wurde dies-

mal die Rolle der Frauen im Widerstand in den Fokus gerückt. Frauen nehmen zwar einen wichtigen Platz in der Widerstandsgeschichte ein, viele sind jedoch bis heute kaum bekannt und scheinen nur selten in schriftlichen Quellen auf.

Das familiäre Umfeld und die Lebenszusammenhänge waren dabei oft prägend, ob und wie sich Widerstand zeigte. „Dieser Widerstand war einer des Wortes, der Haltung, aber auch des Gewis-

sens“, so die Politologin Barbara Wolf-Wicha in ihrer Festrede.

Auch wurde an jene Frauen erinnert, die wegen „verbotenen Umgangs“ mit Ausländern, Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern öffentlich geschmäht und gedemütigt wurden.

Die vollständige Rede von Barbara Wolf-Wicha vom 27.1.2016 mit vielen biografischen Details kann man auch auf der Website der Salzburger Freiheitskämpfer/innen nachlesen:

www.freiheitskaempfer-salzburg.at ■





Sozialistenprozess 1936

Gerald Netzl setzt sich in diesem Artikel mit den Justizprozessen des austrofaschistischen Regimes gegen Sozialistinnen und Sozialisten auseinander.

Mit einer Serie von Prozessen beabsichtigte das austrofaschistische Regime in den Jahren 1935 und 1936, den Organisationsapparat der im Untergrund agierenden Revolutionären Sozialisten (RS) zu zerschlagen. Anlässlich des 70. Geburtstags von Bruno Kreisky brachte unser Bund 1981 die Broschüre „Fanal des Freiheitskampfes“ heraus. Unser unvergessener Genosse Herbert Exenberger hat die umfangreichen Akten des „großen Sozialistenprozesses“ vom März 1936 studiert und sorgfältig dokumentiert. Josef Hindels steuerte einen einführenden Beitrag bei. Rudolfine Muhr, Hietzinger Delegierte bei der Konferenz in Brünn, beschreibt die Atmosphäre dieser Tagung. Da über Tagungen der Revolutionären Sozialisten keine Protokolle angefertigt werden konnten, kommt diesem Bericht große Bedeutung zu.

Höhepunkt der Broschüre sind Auszüge aus den aufrüttelnden Reden einiger Angeklagter im Gerichtssaal. Es gelang ihnen, aus den Anklägern Angeklagte zu machen!



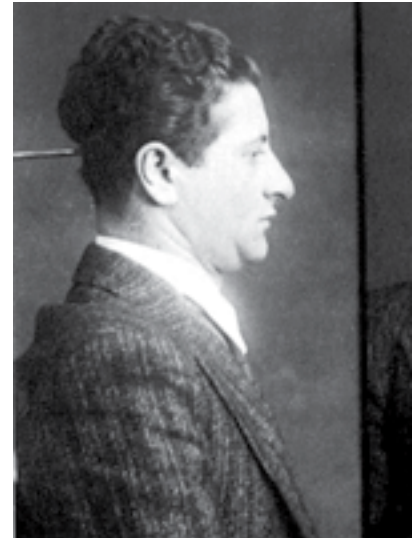
Anlässlich des 70. Geburtstags von Bruno Kreisky brachte unser Bund 1981 die Broschüre „Fanal des Freiheitskampfes“ heraus

Doch der Reihe nach: Aus Hass gegen die sozialen Reformen und Errungenschaften der Republik hatten die maßgebenden Kräfte des österreichischen Konservatismus im März 1933 den Weg des kalten Staatsstreichs, des Verfassungsbruchs beschritten, der nach dem gescheiterten Widerstand im Februar 1934 in der autoritären Verfassung gipfelte.

Anders als in Italien oder Deutschland nach der Macht ergreifung/Machtübertragung an Mussolini bzw. Hitler war die illegale sozialistische Partei in Österreich, wie Otto Bauer

schrrieb, von Anfang an unter eigener Führung unabhängig vom Parteivorstand der vom Faschismus besiegten Sozialdemokratie und unabhängig von ihren emigrierten Führern entstanden. Unmittelbar nach den Februartkämpfen bildeten einige junge Funktionäre das „Provisorische Zentralkomitee der Revolutionären Sozialisten“. Am 8./9. September 1934 fand in Blansko bei Brünn eine erste Wiener Konferenz der RS statt, zu Neujahr 1935 fand in Brünn die erste „Reichskonferenz“ (quasi ein Bundesparteitag) mit 68 Teilnehmern statt. Unter anderem referierte der Vorsitzende Karl Hans Sailer die sechs Punkte des Aktionsprogramms der RS. Auf der Konferenz setzte sich die von Joseph Buttinger und den Ländervertretern verfochtene Strategie der „langen Perspektive“, die eine Einschränkung der Organisationstätigkeit und mehr Konspiration vorsah, durch.

Ein Polizeispitzel und ein RSler, der nach seiner Verhaftung zum Verräter wurde, haben die späteren Angeklagten denunziert und zum Teil schwer belastet. Die Verhaftungen erfolgten großteils im Jänner 1935, sodass die meisten Angeklagten vierzehn Monate in U-Haft saßen.



Beim Prozess, der am 16. März 1936 begann, stand praktisch der gesamte Führungskader der RS (28 Sozialisten und zusätzlich die bei anderer Gelegenheit verhafteten Kommunisten Franz Honner und Friedl Fürnberg) vor Gericht; verhandelt wurde über den Anklagepunkt „Hochverrat“, auf den explizit die Todesstrafe stand. Angeklagt waren unter anderem Karl Hans Sailer, Maria Emhart, Franz Rauscher, Roman Felleis, Otto Probst, Anton Proksch, Bruno Kreisky und Franz Jonas.

Roman Felleis gab die Parole aus: „Jeder Angeklagte hat zwei Aufgaben: Seine Partei würdig vertreten und den Kopf aus der Schlinge ziehen.“

Die angeklagten SozialistInnen

Angaben aus einer illegalen RS-Broschüre; kursiv jene, die zu Opfern des NS-Terrors wurden:

Otto Binder, Beamter, 45, Johann Ecker, Bauarbeiter, 32, Marie Emhart, Eisenbahnersgattin, früher Gemeinderätin von St. Pölten, 35, *Roman Felleis*, Angestellter, 33, Karl Fischer, Mechaniker, 32, *Natalie Fulda*, früher Redaktionssekretärin der „Arbeiter-Zeitung“, 40, Karl Fürstenhofer, Autoschlosser, 34, Theodor Grill, Magistratsbeamter, 34, Leontine Haas, Rentnerin, 38, Franz Jonas, Schriftsetzer, 37, Karl Knechtelsdorfer, Schriftsetzer, 29, Hans Kratky, Privatbeamter, 36, Josef Kratky,

Privatbeamter, 29, Bruno Kreisky, Hochschüler, 25, Andreas Liberda, Privatbeamter, 43, Josef Mohler, Maschinenarbeiter, 35, Anton Pastaz, Bauarbeiter, 30, Rudolf Pastaz, Bauarbeiter, 31, Alois Pfanner, Elektrotechniker, 36, Anton Proksch, Gewerkschaftssekretär, 39, Otto Probst, Lithograph, 25, Franz Rauscher, Eisenbahnschaffner, 36, Karl Hans Sailer, früher Redakteur der „Arbeiter-Zeitung“, 36, Dr. Paul Schick, Rechtsanwalt, 32, Josef Wacke, Hochschüler, 25, Alfred Weißmann, Beamter, 29, Stefan Wirlandner, Beamter, 31, Elise Zerner, früher Redaktionssekretärin der „Arbeiter-Zeitung“, 31.

Viele der Angeklagten spielten in der Zweiten Republik eine wichtige politische Rolle: Franz Jonas (Wiener Bürgermeister, NR-Abg., Bundespräsident), Bruno Kreisky (NR-Abg., Außenminister, Bundeskanzler), Otto Probst (NR-Abg., Verkehrsminister), Anton Proksch (NR-Abg., Sozialminister), Franz Rauscher (NR-Abg., Staatssekretär), Marie Emhart, Karl Knechtelsdorfer, Josef Kratky (NR-Abg.), Theodor Grill (Vizebgm. von Linz). Unter den Verteidigern waren Adolf Schärf (später Vizekanzler, dann Bundespräsident) sowie Heinrich Steinitz und Oswald Richter, die beide von den Nazis umgebracht wurden.



Bruno Kreisky nach seiner Verhaftung 1935, Polizeifoto

Der Prozess erregte auch im Ausland großes Aufsehen. Aus vielen Ländern kamen bekannte sozialistische PolitikerInnen nach Wien, um durch ihre Anwesenheit das Interesse der ausländischen Öffentlichkeit und ihre Solidarität mit den Angeklagten zu bekunden. Aus Belgien kam eine der bedeutendsten Persönlichkeiten der Internationale, der Abgeordnete Louis de Brouckère, aus Frankreich der Abgeordnete Longuet, ein Enkel von Karl Marx. Die Strafen am 24. März fielen schließlich deutlich milder aus als erwartet. Die beiden Hauptangeklagten, Karl Hans Sailer und Maria Emhart, für die der Staatsanwalt die Todesstrafe beantragt hatte, wurden zu 20 bzw. 18 Monaten Haft verurteilt, Bruno Kreisky erhielt 12 Monate Kerker, Franz Jonas und zwölf weitere Personen wurden freigesprochen. Das Regime wagte nicht annähernd so drakonische Strafen auszusprechen wie beim Wiener Schutzbundprozess (s. „Kämpfer“ 1/2015) oder wie sie tagtäglich jeden Kolporteur der illegalen „Arbeiter-Zeitung“ treffen konnten. In „Zwischen den Zeiten“ (S. 247) schreibt Bruno Kreisky, die relativ milden Urteile wären auch auf eine Intervention von Kardinal Innitzer zurückzuführen gewesen („Man solle die Arbeiterschaft nicht noch mehr in die Enge treiben.“). Rosa Jochmann, wurde im Gerichtssaal verhaftet,

weil sie gegen das brutale Vorgehen der Polizei gegen eine andere ZuhörerIn laut protestierte.

Im Rahmen der Juli-Amnestie von 1936 wurden die Verurteilten, die allerdings bereits länger als ein Jahr in Untersuchungshaft verbracht hatten, schließlich begnadigt. Am längsten saß Franz Rauscher. Er wurde als Erster verhaftet und kam als Letzter frei. Obwohl „nur“ zu zehn Monaten verurteilt, kam er danach nach Wöllersdorf, wo seine Anhaltung willkürlich zwei Mal verlängert wurde, sodass er in Summe drei Jahre bis Herbst 1937 inhaftiert war!

Josef Hindels schreibt in der eingangs erwähnten Broschüre: „Das Beispiel der Revolutionären Sozialisten sollte in der Gegenwart als Mahnung verstanden werden: Es gilt, auch im Alltag einer Regierungspartei die Bedeutung von sozialistischer Gesinnung und Ideologie zu erkennen und das Ziel einer neuen Gesellschaft nicht aus dem Auge zu verlieren.“

LESETIPPS: Buchempfehlungen zur Geschichte der RS für Interessierte: Joseph Buttinger, „Am Beispiel Österreichs“ (1953); Otto Leichter, „Zwischen zwei Diktaturen“ (1968); Walter Wisshaupt „Wir kommen wieder!“ (1967) und Manfred Marschalek, „Untergrund und Exil“ (1990). ■

Der Weg zum Austrofaschismus

Der christlich-soziale Bundeskanzler Engelbert Dollfuß, der seit dem Mai 1932 regierte, war auf die Unterstützung der Heimwehren angewiesen.

Am 4. März 1933 traten alle Nationalratspräsidenten in Folge einer Geschäftsrückbildungskrise zurück (es ging um eine Abstimmung über die Behandlung der Teilnehmer des Eisenbahnerstreiks vom 1. März 1933). Dollfuß sah darin seine Chance, aus diesem Zwischenfall, statt ihn demokratisch zu bereinigen, weitreichende antidemokratische Konsequenzen zu ziehen. Am 7. März trat die Regierung Dollfuß zurück und ließ sich vom Bundespräsidenten auf scheinrechtlicher Grundlage des „Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes“, das in der Verfassungsreform 1929 trotz Drängens der Sozialdemokratie nicht eliminiert werden konnte, neu ernennen. Am 15. März verhinderte Dollfuß das Zusammentreten des von Dr. Staffner einberufenen Parlaments unter Gewalt. Diese beiden Akte vollzogen die Wende zum autoritären Staat.

Elf Monate nach der Ausschaltung des Parlaments begann die bewaffnete Gegenwehr der Sozialdemokratie gegen den Verfassungsbruch der Regierung Dollfuß. Die Kämpfe dauerten vom 12. Februar bis zum 15. Februar und endeten mit der völligen Niederlage der Sozialdemokratie.



Viele GenossInnen leisteten in der Illegalität Widerstand gegen den Faschismus

Zentren des Aufstands in Wien waren Arbeiterheime und Gemeindebauten (Karl-Marx-Hof, Goethehof, Sandeleitenhof, Reumannhof und Schlingerhof sowie Gemeindebauten in Simmering). Die Regierung setzte das Bundesheer ein, das auch Kanonen verwendete. Es wurde das Standrecht verhängt, die Sozialdemokratische Partei, die freien Gewerkschaften und alle Nebenorganisationen wurden verboten. Es begann die Zeit der Illegalität der Arbeiterorganisationen und des Austrofaschismus. Neun prominente Sozialdemokraten wurden nach dem Standrecht hingerichtet, darunter Koloman Wallisch und Karl Münchreiter. Nicht zu vergessen ist auch das Anhaltelager Wöllersdorf, in dem sich von 1933 bis 1938 tausende politische Gefangene, Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten, befanden. ■



Im „Hotel Schiff“ in Linz nahmen die Kämpfe ihren Ausgang. Neun Schutzbündler wurden standrechtlich hingerichtet und mehr als 1.200 inhaftiert.



Dieses Bild machte Geschichte (2. v. l.: Kurt Waldheim)

Vor 30 Jahren: Die Waldheim-Affäre

Genosse Peter Riedmann aus Innsbruck berichtet uns, wie er vor dreißig Jahren in einem Antiquitätengeschäft in der Tiroler Landeshauptstadt ein Foto von einiger politischer Brisanz fand, das Schlagzeilen machen sollte und den Anstoß zu einem korrigierten Geschichtsbild in unserem Land gab. Der Artikel ist eine von Gerald Netzl gekürzte Version der 25-seitigen Originalfassung.

Als Amateurhistoriker suchte ich „Dachbodenhinterlassenschaften“ und war regelmäßiger Kunde bei einem Antiquitätenhändler. Diesmal, es muss zwischen Mitte 1984 und Mitte 1985 gewesen sein, reichte er mir einen Schuhkarton mit Wehrmachtsfotos. Ich blätterte sie alle durch und fand ein Bild mit Kurt Waldheim und anderen Uniformierten, einem Flugzeug und zwei PKW im Hintergrund. Es war dies, wie sich später herausstellen sollte, der Restbestand der für den Bildband „7. SS-Gebirgsdivision Prinz Eugen im Bild“ von Otto Kumm (Osnabrück 1983) aussortierten Fotos. Waldheim war in diesem Buch auf Seite 116 viel besser erkennbar. Als ich „meine“ Aufnahme umdrehte, las ich mit deutscher Gründlichkeit die Namen aller Abgebildeten (SS-Gruppenführer, italienischer Kommandant ...).

So richtig bedeutsam wurde das Foto erst, als der Ex-UNO-Generalsekretär und frühere Außenminister 1986 für das Amt des Bundespräsidenten kandidierte. Ich recherchierte mehrere Lebensläufe Waldheims, um den Zeitraum der Aufnahme (22. 5. 1943) auszuleuchten. Das war mein wichtigstes Anliegen! Er erholte sich von einer Ende 1941 in Russland erlittenen Verwundung, studierte, machte Prüfungen und schrieb seine Dissertation. Damit wurde ich erst so richtig neugierig und begann, weitere Lebensläufe zu suchen – in allen das gleiche leere Bild. Ein österreichischer Staatsbürger hat aber sehr wohl das Recht und darüber hinaus sogar die verantwortungsvolle Pflicht, die Vergangenheit eines BP-Kandidaten lückenlos in Erfahrung zu bringen! Er braucht sich keinesfalls als „Dummerle“ verkaufen zu lassen!

Kurt Waldheim wurde am 21. 12. 1918 geboren und wuchs in Tulln als Lehrersohn auf. 1936 maturierte er in Klosterneuburg. Am 1. 9. 1936 begann er sein Freiwilligen-Jahr beim Dragonerregiment des Bundesheeres in Stockerau. [...] Im März 1938, kurz vor dem „Anschluss“, wurde er in Tulln von illegalen Nazis verprügelt, als er pro-österreichische Flugzettel verteilte. Wohl um sein Studium nicht zu gefährden, trat er umgehend am 1. 4. 1938 dem NS-Studentenbund und dann am 18. 11. 1938 der SA-Reiterstandarte 5/90 bei. Das waren zugegebenermaßen nur NS-Nebenorganisationen, aber eben auch Teile der NSDAP. Bei seiner „Entnazifizierung“ am 13. 1. 1946 gab er dies unter dem Schein „sportlicher Betätigung“ ja auch noch zu. Dann aber 1986, im Wahlkampf, stritt er jegliche NS-Mitgliedschaft ab – obwohl seine Wehrstammkarte diese bestätigte. PROFIL veröffentlichte diese am 2. 3. 1986. Ich schickte Ende November 1985 mein Foto an mehrere mir bekannte Personen und Organisationen, doch nichts geschah. Erst Ende Februar 1986, zwei Monate vor dem ersten Wahlgang, erhielt

ich einen Anruf von John Tagliabue, Bonner und Europakorrespondent der „New York Times“ zwecks Verifizierung „meines“ Fotos, das ihm zugespielt wurde. Am 3. März erschien sein Artikel, Waldheim habe 1942 und 1943 in einem Wehrmachtsgeneralstab gedient, der gegen Partisanen brutal vorgegangen sei und massenweise griechische Juden in deutsche KZs deportiert habe. Dies und seine SA- und NSDStB-Mitgliedschaft hätten von ihm autorisierte und eigene biografische Angaben ausgelassen. „Mein“ Waldheim-Foto „geisterte“ dann durch die halbe Welt, nicht das bessere Foto aus dem Bildband „SS-Division Prinz Eugen“!

Waldheim wurde dabei auch teilweise als Kriegsverbrecher hingestellt, was übertrieben war. Als Generalstabsoffizier der Heeresgruppe E (Balkan) wusste er aber so gut wie alles von Juden- und „Zigeuner“-Verschickungen in KZs, von Partisanen- und Geislerschießungen und anderen schlimmen Vorkommnissen und wirkte wohl bei vielen derartigen Befehlen mit. Dass er „nur seine Pflicht erfüllt“ habe, erscheint mir grob untertrieben – Waldheim schwamm wie ein Korken immer obenauf. [...] Niemand glaubte der SPÖ, dass sie mit der Fotoveröffentlichung nichts zu tun hätte. Waldheim als österreichischer Bundespräsident wurde dann fast weltweit (mit wenigen Ausnahmen) ignoriert und kandidierte deshalb auch kein zweites Mal mehr 1992!

Die Waldheim-Affäre löste aber, das kann man jetzt nach 30 Jahren Rückblick wohl sagen, eine äußerst positive, österreichweite und ziemlich ehrliche Diskussion über den Anteil an Schuld und Beteiligung von uns Österreichern in der Nazizeit aus. Das war der wirklich gute Teil und positive Effekt der Waldheim-Affäre! ■



Erfasst, verfolgt, vernichtet

Claus Michl-Atzmüller hat sich eine Wanderausstellung, die die Opfer der NS-Euthanasie ins Zentrum rückt, angesehen und seine Eindrücke in einem Bericht festgehalten.

Am 19.1.2016 eröffnete Nationalratspräsidentin Doris Bures die Wanderausstellung „erfasst, verfolgt, vernichtet. Kranke und behinderte Menschen im Nationalsozialismus“, die bis 30. Jänner im Palais Epstein zu sehen war. Dabei betonte sie die Notwendigkeit, die Verbrechen des Nationalsozialismus weiter aufzuarbeiten. „Wenn es um eines geht, dann darum, dass man diese Vergangenheit in Erinnerung behält, um sicherzustellen, dass so etwas in Zukunft nie wieder passiert“, so Doris Bures wörtlich.

Die Wanderausstellung wurde am 27.1.2014 im Deutschen Bundestag eröffnet. Zu den Anwesenden zählten Nachfahren der Opfer sowie als erste Gäste Bundespräsident Joachim Gauck, der die Schirmherrschaft übernahm, und Ulla Schmidt (SPD), Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages. Die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde rückte kranke und behinderte Menschen, die als Belastung für die deutsche „Volksgemeinschaft“ galten, in den Fokus ihrer Ausstellung. Die Ausstellung wurde in Kooperation mit den Stiftungen „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ und „Topographie des Terrors“ erstellt.

Rassenhygiene war bereits vor 1933 in Deutschland zu einer Leitwissenschaft geworden, doch im Nationalsozialismus wurde sie zum tödlichen, politischen Programm. Die nationalsozialistische Sozial- und Gesundheitspolitik wurde nach dem „Erbwert“ der gesamten Bevölkerung ausgerichtet. „Erbkranke“ wurden an Heirat und Familienbildung gehindert, natürlich nicht zuletzt durch Zwangsmaßnahmen, während „erbgesunde Sippen“ durch

Elterndarlehen, Kindergeld oder Ausbildungshilfen gefördert werden sollten. Die rassenhygienische Schulung des medizinischen Personals wurde intensiv forciert.

Ärzte, Pflegende und Funktionäre urteilten nach Maßgabe von „Heilbarkeit“, „Bildungsfähigkeit“ oder „Arbeitsfähigkeit“ über die Opfer. Am PatientInnenmord waren demnach viele beteiligt. Richter und Ärzte entschieden über Zwangssterilisationen, Gynäkologen und Chirurgen führten sie durch. Ausgrenzung, Verfolgung und Vernichtung „auffälliger“, „störender“ und „kranker“ Menschen stand in den betroffenen Anstalten an der Tagesordnung.

Bis zu 400.000 kranke, behinderte oder psychisch beeinträchtigte Menschen wurden zwischen 1933 und 1945 zwangssterilisiert, mehr als 200.000 Menschen in Heil- und Pflegeanstalten ermordet. Das geschah inmitten der Gesellschaft. Auch in Österreich fielen dem Massenmord unzählige Menschen zum Opfer. Die massenhafte Tötung von Patientinnen und Patientinnen unter

dem Decknamen „T4“ in die Geschichte eingegangen. Die „Euthanasie“ gilt als Vorstufe zum Holocaust.

Ergänzungen zu Österreich

In Wien wurden Beiträge ergänzt, die die österreichische Beteiligung an den Verbrechen zeigten. So wurde das Renaissance-Schloss Hartheim bei Linz von den Nationalsozialisten zu einer Tötungsanstalt umgebaut. Bei den ersten (Bus-)Transporten funktionierte die Tarnung, dass die Opfer einen „Erholungsurlaub“ konsumieren sollten, noch ganz gut. Doch schon bald bröckelte die Fassade der „T4“-Anstalt Hartheim, und das Wissen über die tatsächlichen Vorgänge verbreitete sich unter den Ärzten schnell, so Herwig Czech vom Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW).

Traurige Berühmtheit erlangte die Kinder- und Jugendfürsorgeanstalt „Am Spiegelgrund“, wo die Nationalsozialisten ab 1940 systematisch ihr Verbrechen der „Kindereuthanasie“ begangen und rund 700 Kinder als „lebensunwertes Leben“ ermordeten. Maßgeblich beteiligt war der Psychiater Dr. Heinrich Gross, der für die Sozialdemokratie und

speziell für den BSA nach dem 2. Weltkrieg eine schwere Bürde darstellte. Eine Bürde – und hier wiederhole ich mich immer wieder –, die ich als überwunden betrachte.

Die Ausstellung geht auch auf den Umgang mit den Geschehnissen in der Nachkriegszeit ein. Leider fanden Zwangssterilisierte, Überlebende der Tötungsanstalten und Angehörige ermordeter Patientinnen und Patienten nach 1945 wenig Unterstützung. Die Vorstellungen von „Minderwertigkeit“ und „erblicher Belastung“ wirkten noch lange fort. Die Anerkennung als „NS-Opfer“ wurde lange verweigert. Viele Täter konnten ihre Karrieren fortsetzen. Erst ab den 1980er Jahren begann die öffentliche Erinnerung an die Opfer.

Gerade der verfolgten Gruppe der kranken, behinderten und psychisch beeinträchtigten Menschen sollte noch mehr Platz und Erinnerung eingeräumt werden. Den Worten Georg Psotas von der Österreichischen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, dass die Ausstellung in berührender Art und Weise einen Zugang zum Thema „Euthanasie“ finden würde, können wir nur beipflichten. ■

Bevor die Ausstellung in Wien zu sehen war, hatten bereits 170.000 Menschen die Ausstellung seit ihrer Eröffnung in Deutschland, Japan und Kanada gesehen



TEIL 1 Von der Republik zum Krieg

Im Zuge einer vierteiligen Serie setzen wir anlässlich des 80. Jahrestages des Ausbruchs des Spanischen BürgerInnenkrieges einen Schwerpunkt zum Thema.

Den Anfang macht Genosse Marcus Strohmeier, der sich mit den historisch-gesellschaftlichen Vorbedingungen auseinandersetzt.

Kaum ein europäischer Staat war um das Jahr 1900 so rückständig wie das spanische Königreich. Während sich in anderen Ländern des Kontinents durch die anhaltende Industrialisierung auch die Gesellschaft massiv veränderte, behielt das ökonomisch unterentwickelte, streng katholische Spanien eine beinahe mittelalterliche feudalistische Struktur. Den rund 50.000 GroßgrundbesitzerInnen gehörten weit mehr als 50 Prozent des gesamten Bodens, auf dem fast drei Millionen entrechtete LandarbeiterInnen unter unmenschlichen Bedingungen schuften mussten. Neben den BesitzerInnen der Latifundien bildeten die Aristokratie und der Klerus die Machtbasis des rückständigen Landes.

Diese reaktionäre Politik unterdrückte aber nicht nur den Emanzipationsprozess der ArbeiterInnenbewegung, sondern auch jegliche Aktivität der zahlreichen nationalen Minderheiten. Neben den Repressionen im Inland verteidigte das monarchistische Regime, auch unter größten Verlusten, die Reste seines Kolonialreiches in Nordafrika und auf den Philippinen. Auf persönlichen Befehl des Königs sollten etwa die Widerstand leistenden BerberInnen in Marokko



Werbeposter mit dem Slogan ¡No pasarán! der antifaschistischen Volksfront in Spanien 1936

mit Hilfe von Giftgas ausgerottet werden. Solche Maßnahmen führten allerdings zu einer noch größeren Verteidigungsbereitschaft der misshandelten Völker, und allein in Marokko starben fast 20.000 spanische Soldaten. Neben den Misserfolgen in Afrika und auch Asien kam es in-

nerhalb Spaniens zu vermehrten Aufständen. 1909 versuchten sich die ArbeiterInnen Kataloniens vom Joch des Zentralstaates zu lösen. Die Antwort Madrids war aber auch hier von großer Brutalität geprägt: Neben vielen Toten und Hingerichteten wurden über 2.000 Menschen in Katalonien verhaftet.

Innere Unruhen und die Verluste im Ausland führten zu einer vermehrt instabilen Situation. Aus diesem Grund überantwortete der König 1923 die Regierungsgeschäfte an General Primo de Rivera. Er errichtete, dem Wunsch des Monarchen entsprechend, eine Militärdiktatur und führte Spanien fast ein Jahrzehnt mit eiserner Hand. Trotz aller Repressalien und Verbote

entwickelte sich die ArbeiterInnenbewegung dennoch zu einer entscheidenden Kraft. Obwohl im Untergrund agierend, gelang es den spanischen AnarchistInnen, zu einer der größten Bewegungen zu werden. Vor allem unter den ausgebeuteten LandarbeiterInnen fand der Anarchismus großen Zuspruch. Schon 1911 zählte die Gewerkschaftskonföderation CNT 700.000 Mitglieder. Auch die SozialistInnen (Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens – PSOE) unter ihrem eindeutig links stehenden Partei- und Gewerkschaftsführer Francisco Largo Caballero, wuchsen zu einer mächtigen Bewegung heran. Als General Rivera 1930 durch einen anderen Militär ersetzt wurde, führte dies zu einem Aufschwung der DemokratInnen. Dem Druck der Straße nachgebend, kam es im April 1931 zu Gemeinderatswahlen, bei denen die demokratischen Parteien große Erfolge erzielten. Die Oligarchie war davon überrascht, und diese kurze „Schockstarre“ ausnutzend, rief der Großgrundbesitzer Niceto Alcalá-Zamora am 14. April 1931 die Republik aus. Der König, von den Ereignissen offenbar überrollt, begab sich ins Exil. Ministerpräsident wurde der Sozialist Manuel Azaña, der mit seiner Regierung sogleich mit einem ambitionierten Reformprogramm begann. Neben zahlreichen Sozialgesetzen wurden auch das Frauenwahlrecht, die Zivilehe und bestimmte Autonomierechte für Minderheiten eingeführt.

Die ökonomischen Probleme des unterentwickelten Landes konnten aber auch von der neuen Regierung nicht gelöst werden. Die geplante Landreform wurde nicht radikal genug durchgesetzt, die Arbeitslosigkeit stieg weiter an. Radikale Kräfte nutzten die neuen Machtverhältnisse im Land und begannen mit einer schonungslosen Jagd auf die großteils verhasste katholische Kirche. Dabei kam es allerdings zu un-



Feiern zur Ausrufung der Zweiten Spanischen Republik in Barcelona, 1931



geplanten Ausschreitungen wie der Plünderung von Klöstern, Ermordung von Priestern und dem Niederbrennen von Kirchen. Die Schwäche der Regierung und die teilweise übertriebene Radikalität der vorher unterdrückten Klassen führten im August 1932 zu einem ersten Militärputsch, der jedoch aufgrund der republikanischen Gesinnung der Massen zu einem Misserfolg wurde. Dennoch traute man einer rechten Regierung mehr Erfolge zu, und bei den Wahlen im Jahr 1933 übernahmen konservative und liberale Kräfte die Macht. Jetzt war es die ArbeiterInnenenschaft, die eine erneuerte reaktionäre Regierung nicht dulden wollte. Im Oktober 1934 kam es zu Aufständen von ArbeiterInnen im ganzen Land. Zunächst erklärte das linke Katalonien erfolglos seine Unabhängigkeit, später misslang auch ein ArbeiterInnen-Aufstand in Madrid. In Asturien wurde eine Erhebung der ArbeiterInnenenschaft durch Regierungstruppen unter General Francisco Franco brutal niedergeschlagen.

Da auch die rechte Regierung keinerlei Erfolge erzielen konnte, entschied sich das Volk bei den Parlamentswahlen im Februar 1936, der linken Volksfrontregierung die Mehrheit zu geben. Die unterlegenen konservativen und rechten Gruppen wollten diesen Wahlsieg der linken Kräfte allerdings nicht akzeptieren. Für die politische Rechte war zu diesem Zeitpunkt schon klar, dass ein anderer Weg für Spanien gewählt werden musste, jener, den das faschistische Italien, Österreich und das nationalsozialistische Deutschland zuvor gegangen waren. Am 17. Juli 1936, also nur wenige Monate nach dem Antritt der neuen Regierung, begann, von der marokkanischen Kolonie ausgehend, ein schon länger geplanter Putsch. Angeführt wurde dieser von General Franco, der sich zuvor bereits als erfolgreicher Unterdrücker der ArbeiterInnenenschaft angedient hatte. ■



Heinz Fischer,
Christian Broda,
Franz Jonas und
Hans Kelsen (1965)

100 Jahre Christian Broda

Im folgenden Beitrag widmet sich Peter Lhotzky dem Leben und Schaffen des sozialdemokratischen Justizreformers.

Als jüngeres von zwei Kindern des Ehepaares Dr. Ernst Broda und Viola (geb. Pabst) kam Hans Christian Broda am 12. 3. 1916 in Wien zur Welt. Der familiäre Hintergrund – sein Vater Finanzrat, also Staatsbeamter, der noch in seinen letzten Lebensjahren eine Rechtsanwaltskanzlei eröffnete – ermöglichte Christian, wie er sich sehr früh unter Weglassung des ersten Vornamens, Hans, nennen sollte, den Besuch des Akademischen Gymnasiums (ab 1926). Zunächst mit der Sozialdemokratie – den Sozialistischen Mittelschülern – sympathisierend, schloss er sich 1931 der kommunistischen Jugendbewegung an.

Noch bevor er im Jahr 1934 die Matura ablegen konnte, wurde er am 23. Februar wegen kommunistischer Betätigung verhaftet und „auf dem Verwaltungsweg“ zu 42 Tagen Haft verdonnert. Das mag wohl einer der Gründe sein, dass sich Broda später für die Festigung des Rechtsstaates und die Abschaffung der Todesstrafe einsetzte. Nach der Haft, um sich der Beobachtung und Bspitzelung der Exekutive zu entziehen, verbrachte er mehr als ein Jahr bei seinem Onkel G. W. Pabst in Santa Monica in Kalifornien. Wieder in den Schuschnigg'schen Ständestaat zurückgekehrt, durfte er

zunächst nicht immatrikulieren. Doch dann besuchte er ab dem Wintersemester '36/37 die Wiener Universität. Seine Studienfächer waren Geschichte und Jurisprudenz, doch sein Widerstand gegen den Ständestaat schlug sich auch in politischen, illegalen Aktivitäten nieder. In der Zwischenzeit schloss er sich einer oppositionellen Gruppe von JungkommunistInnen an. An dieser Gruppe waren außer Broda auch Josef Hindels, Georg Scheuer und Karl R. Stadler, später der erste Direktor des Karl-Renner-Institutes und Gründer der Uni Linz, beteiligt.

Seine Dissertation „Volk und Führung. Ein Beitrag zum Problem der politischen Willensbildung im zweiten Deutschen Reich“ sollte später, als Broda Justizminister war, zu heftigen Angriffen führen. Seine „militärische Karriere“, wie Christian Broda ironisch in einem Brief bemerkte, begann 1940. Im Jahr 1943 wurde der Obergefreite Broda wegen „Unterlassung der Anzeige einer hochverräterischen Unternehmung“ festgenommen. Glücklicherweise war er (er befand sich sechs Tage in GESTAPO-Haft) in den Akten der politischen Kartei des Austrofaschismus nicht unter seinem Namen, sondern nur mit dem Decknamen „Genosse Janda“ vermerkt, und den kannte die GESTAPO nicht. Daher erhielt

er eine dreimonatige Gefängnisstrafe. Den weiteren Kriegsverlauf erlebte Broda in der Wehrmacht und das Kriegsende im Innviertel, wo er sich auch der „Österreichischen Freiheitsbewegung“ anschloss.

Nach seiner Heimkehr war Broda von Dezember 1945 bis September 1946 in der Bibliothek des Bundeskanzleramtes beschäftigt, promovierte 1947 zum Dr. jur. und legte schließlich im Oktober 1948 die Rechtsanwaltsprüfung ab. Im Jahr 1949 trat Broda der SPÖ bei. Ab dem Jahr 1957 war er im Bundesrat als Vertreter des Landes Wien und ab 1959 als Nationalrat im Parlament vertreten. Sein wichtigstes Anliegen war es, die noch aus 1873 stammende Strafprozessordnung und das aus dem Jahr 1811 stammende Familienrecht zu revidieren. Wie sein Biograf Béla Rásky schreibt:

„... zeigte Broda sich auch häufig kompromissbereit, so war er es nicht um jeden Preis. Auch sein oft hervorgehobener Charme hinderte ihn nicht daran, seine Ziele bebarlich und mit strategischem Kalkül zu verfolgen, ... er verstand es, seine Mitarbeiter, die ihm bis heute verbunden geblieben sind, zu motivieren ...“

Mit dem Namen Christian Broda wird die große Strafrechtsreform und die Familienrechtsreform für immer verbunden sein. Nach einem arbeitsreichen Leben verstarb Dr. Christian Broda am 1. 2. 1987 in Wien. ■



Dass eine Zeitschrift wie die freiheitliche „Aula“ Kommentare eines Neo-Nazis abdruckt, in denen gefragt wird, ob die Befreiung Tausender KZ-Häftlinge tatsächlich ein Grund zu feiern sei, ist politisch ebenso ein Skandal wie die Verunglimpfung der befreiten Häftlinge als „Landplage“. Für unerträglich halten wir – als Vertretung der überlebenden politischen Häftlinge und der Angehörigen der Ermordeten – jedoch die Begründung, mit der die Staatsanwaltschaft Graz ein deshalb eingeleitetes Strafverfahren wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung und Verhetzung einstellte: Es stelle „keine un-

ARGE-Stellungnahme

In der rechtsextremen Postille „Aula“ wurden KZ-Überlebende in übelster Art diffamiert. Im Folgenden die Stellungnahme der ARGE im Wortlaut.

sachlichen, einseitigen oder propagandistisch vorteilhaften Darstellungen nationalsozialistischer Maßnahmen und Ziele“ dar, wenn über die befreiten Häftlinge des KZ Mauthausen behauptet wird, eine „Horde von 3.000 Befreiten“ sei „raubend und plündernd, mordend und schändend“ durchs Land gezogen. Und es sei auch keine Verniedlichung von NS-Verbrechen, wenn die – vermutlich von ehemaligen KZ-Häftlingen verübte – Ermordung

von acht Hitlerjungen im Waldviertel als „Massenmord“ bezeichnet wird, denn die Ermordung einer größeren Anzahl von Menschen sei nun einmal Massenmord.

Dass der zur Verhinderung solcher Fehlleistungen eingesetzte Rechtsschutzbeauftragte am Grazer Einstellungsbeschluss nichts zu beanstanden fand, weil die Darstellung in der „Aula“ sich mit seinen Kindheitserinnerungen decke, halten wir

auch für demokratiepolitisch bedenklich.

Umso mehr begrüßen wir die Distanzierung der Grazer Oberstaatsanwaltschaft und des Bundesministeriums für Justiz. Bundesminister Dr. Brandstetter hat bei zahlreichen Gelegenheiten einen selbstkritischen Umgang auch mit der Rolle der Justiz in der NS-Diktatur eingemahnt. Wir erwarten, dass er dafür sorgt, dass künftig nur solche Staatsanwälte und Staatsanwältinnen mit Anzeigen wegen NS-Wiederbetätigung befasst werden, die über ein Mindestmaß an Wissen über die NS-Herrschaft in Österreich verfügen. ■

Gedenkfahrt Mauthausen 15.5.2016

Seit 1946 findet immer im Mai im ehemaligen KZ Mauthausen eine Zeremonie zur Wiederkehr der Befreiung des Lagers statt.

Der Ablauf dieser Feier ist seit mehr als 40 Jahren im Prinzip unverändert geblieben. Daher hat das Comité International

de Mauthausen ein neues Konzept erstellt, nach welchem die Feierlichkeiten ablaufen werden. Nach diesem Konzept beginnt die gemeinsame Hauptfeier bereits um 10 Uhr, was frühere Abfahrtszeiten zur Folge hat.

Ab Wien: Treffpunkt 6.15 Uhr, Hütteldorf/Busbhf., Abfahrt 6.30 Uhr

Die anderen Abfahrtszeiten erhalten Sie bei den jeweiligen Kontaktpersonen.

Kontaktadressen:
Wien: Bundesbüro
Tel.: +43/(0)1/534 27-277
(Mo.–Do. 9–16 Uhr, Fr. 9–13 Uhr)
E-Mail: kaempfer@spoe.at
Salzburg: Alexander Neunerherz

Tel.: +43/(0)662/42 42 00-400
E-Mail: alexander.neunerherz@spoe.at
St. Pölten: Harald Ludwig
Tel.: +43/(0)2742/35 71 54
E-Mail: harald.ludwig@spoe.at

Linz:
E-Mail: freiheitskaempfer.spoe@aon.at
Innsbruck:
Helmut Muigg
Tel.: +43/(0)512/53 66-17
E-Mail: freiheitskaempfer@spoe-tirol.at

Loibl Bildungs- und Gedenkfahrt 10.–12. 6. 2016
Bundesbüro
Tel.: +43/(0)1/534 27-277
(Mo.–Do. 9–16 Uhr, Fr. 9–13 Uhr)
E-Mail: kaempfer@spoe.at

Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe: Ingrid Antes, Camila Garfias, Annemarie Hopfgartner, Peter Lhotzky, Claus Michl-Atzmüller, Helmut Muigg, Gerald Netzl, Alexander Neunerherz, Martin Oppenauer, Henri Schreiber, Franz Sperl, Susanna Steiger-Moser, Marcus Strohmeier, Gernot Trausmuth, Peter Weidner, Marlis Zederbauer.

Grafische Gestaltung: Karim Hashem.

Lektorat: Julia Gartner, Susanne Hartmann, Roswitha Singer-Valentin.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 21. März 2016

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 6. Juni 2016

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en. 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: www.freiheitskaempfer.at
Produktionsleitung: VWZ Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H., Maria-Jacobi-Gasse 1, 1030 Wien; Tel.: 524 70 86-0
Fotos: Wenn nicht anders vermerkt: Redaktion Freiheitskämpfer
Hersteller: Bauer Medien

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus. Die im „Kämpfer“ veröffentlichten Artikel und Kommentare geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion oder des Bundesvorstandes wieder.

Zlnr.: GZ 02Z033355M